

# Sattler-Zeitung

Nr. 7.

Berlin, den 26. März 1909.

23. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage freitags.  
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro  
Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:  
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 68.  
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 8gespaltene Petit-Zeile 30 Pfg.  
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

**Inhalt: Streiknotizen.** — Die Lohnkämpfe in unserer  
Organisation im Jahre 1908 — Warum in das Meerwasser  
springen? — Zur Generalversammlung. — Der Eintritt eines  
„neuen Unterhaltungsstabes“ bei der Kranenversicherung. —  
Soziales. — Aus unserem Beruf. — Aus anderen Organi-  
sationen. — Rundschau. — Korrespondenzen. — Be-  
sinnlichmachung der Wahlresultate zur Generalversamm-  
lung. — Bekanntmachungen der Hauptverwaltung. — Be-  
sinnlichmachung der Tagesordnung der internationalen Sten-  
ographen in Wien. — Bücherchau. — Adressenänderungen. —  
Anzeigen.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigensten  
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen  
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung  
zu erkundigen.

**Nürnberg.** Hier stehen die Kollegen dreier  
Betriebe (Muschke usw.) im Streit. Zugang  
ist fernzuhalten.

**Breslau.** Die Kollegen der Firma L. Pracht  
(Reiseartikel und Kofferfabrikation) stehen in einer  
Lohnbewegung.

**Dresden.** Wegen Maßregelung wurde über  
die Firma Gebr. Dast die Sperre verhängt.

**Cöln.** Die Kollegen der Reiseartikelfabrik  
von P. Morzeck W. u. H. S. Cöln-Müngersdorf  
stehen in einer sich anscheinend sehr schwierig  
gestaltenden Lohnbewegung. Zugang ist streng  
fernzuhalten.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Budapest.** Die Aussperrung der Wagen-  
u. Treibriemenfabrik dauert unverändert fort.

**Jung-Bunzlau.** Vor Arbeitsannahme bei  
der Firma Laurin & Klement in Jung-Bunzlau  
wird infolge Lohnhöhen gefordert.

**Königsberg.** Hier stehen die Tischler der  
Firma Kuzick in einer Lohnbewegung.

## Die Lohnkämpfe in unserer Organisation im Jahre 1908.

Das Jahr 1908 verspricht ein ungewöhn-  
liches Jahr zu werden. Ungewöhnlich einer-  
seits insofern, indem der rapide Rückgang der  
Konjunktur auf immer weitere Kreise unseres  
Berufes löhnend wirkte, wodurch natürlich auch  
noch so berechtigte Wünsche unserer Kollegen-  
schaft um Besserstellung der Lohn- und Arbeits-  
bedingungen bis auf günstigere Zeiten vertagt  
werden mußten. Ungewöhnlich andererseits, da  
in diesem Jahre Tarifverträge zum Ablauf  
kamen und der Erneuerung hartnäckig die einen  
relativ großen Teil unserer Berufskollegen um-  
faßten. Da schon das Jahr 1907 an unsere  
Rassen ganz bedeutende Anforderungen gestellt  
hatte, das Jahr 1908 infolge der fortdauernden  
Krise seinem Vorgänger nichts nachzugeben  
versprach und die schon erwähnten Tarif-  
erneuerungen bevorstehen, hatte der Vorstand  
in weiser Voraussicht durch Ausschreiben der  
Ertrbeiträge dafür gesorgt, daß es, im Falle  
des Kampfes, nicht an der nötigen Munition  
fehlen sollte. Es war vorauszu sehen, daß die  
Arbeitgeber die schlechte Geschäftslage bemerken  
würden, um ihre Position entsprechend zu  
stärken. Der Abschluß eines Tarifes zu solcher  
Zeit stellt immer an die Kollegenschaft und

namentlich an ihre, die Verhandlungen führen-  
den Vertreter, ganz ungewöhnliche Anforde-  
rungen. Wir haben es in diesem Jahre erleben  
müssen, daß Gewerkschaften, in Berücksichtigung  
der Sachlage, gezwungen waren, sogar Lohn-  
abzüge vertraglich anzuerkennen. Von Glück  
wurde schon gesprochen, wenn es  
gelang, Tarifverträge ungefährzt in ihren  
Leistungen wieder aufs neue festlegen resp.  
verlängern zu können.

Im allgünstigsten Falle jedoch waren die  
Arbeiter gezwungen mit Verbesserungen vorlieb  
zu nehmen, die man in anderen Zeiten nicht  
akzeptiert hätte. Sogar solche Berufe oder Be-  
rufszweige, die selbst gar nicht von der Wirt-  
schaftskrise in Mitleidenchaft gezogen waren,  
denn es gibt solche, z. B. die Militäreffekten-  
industrie, mußten auf die allgemeine  
Wirtschaftslage Rücksicht nehmen und  
hier und da ein Loch zürückdecken.

Mit nicht geringer Besorgnis, wenn auch  
mit der nötigen Ruhe und Kaltblütigkeit, haben  
wir der Entwicklung der Ereignisse entgegen-  
gesehen. Waren es doch unsere erprobtesten Kämpfer,  
die die Ehre des ersten Angriffs auf sich zu nehmen  
hatten. Sein oder Nichtsein war hier die  
Lösung! Die Berliner Koffermacher haben einen  
ihrer schwersten Kämpfe im vergangenen Jahre  
geführt. Man war sich vollkommen bewußt,  
daß es nicht leicht werden würde, unsere Kol-  
legen zum Siege zu führen. Unentschieden  
schwankte der Kampf lange Wochen hin und her.  
Bald schien sich das Streikglück auf diese, bald  
auf jene Seite zu neigen. Bis dann doch endlich  
die Arbeitgeber einsehen mußten, ein solcher  
Gegner ist nicht für die Dauer unterzukriegen,  
mit dem ist es besser, man vertritt sich, so gut  
es geht! Ungeheure Opfer hat der Kampf ge-  
kostet, an Geld, wie persönlicher Aufopferung  
der Kollegenschaft. Solche Kämpfe hinterlassen  
noch für lange Zeit und zwar auf beiden Seiten,  
tiefe, unverwundbare Eindrücke. Es war für  
uns ein Sieg, doch stehen die aufgebrauchten  
Opfer in einem Mißverhältnis zu den Er-  
rungenschaften. Man konnte nun, und  
man war es zum Teil auch, der Meinung  
sein, daß nun für längere Zeit Frieden  
in diesem Berufszweige sein wird. Der Zeit-  
artikel in voriger Nummer unserer Zeitung  
zeigt jedoch, wie selbst das wenige, das erreicht  
wurde, von einer, wie es scheint, gar nicht so  
kleinen Anzahl Unternehmer, fortdauernd und  
zähe, bald offen, bald hinterherrs, wieder weg  
zu „interpretieren“ versucht wird. Wir  
sehen aber auch, daß unsere führenden Kollegen  
auf dem Posten sind und eine Sprache führen,  
die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig  
läßt. Dieses Faktum bietet uns die Gewähr,  
daß wir trotz der Wirtschaftskrise unsere einmal  
errungene Position auch dauernd behaupten  
werden. Ohne anmaßend zu sein, kann man  
jedoch sagen, wenn diese Krise über die Ar-  
beiterchaft gekommen wäre zu einer Zeit, wo  
die Gewerkschaften noch nicht die Macht und  
Geschlossenheit erreicht hatten wie  
jetzt, daß ein ganz gewaltiger Niedergang der  
Löhne, sowie Verlängerung der Arbeitszeit und  
sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedin-  
gungen die naturnotwendige Folge gewesen  
wäre. Die ersten Jahre gewerkschaft-  
licher Entwicklung sind uns Beweis  
genug hierfür. Wir können deshalb unseren  
Kollegen und Kolleginnen nicht dringend genug

ans Herz legen, nicht zu rasten und zu ruben,  
bis auch der letzte Kollege und Mitarbeiter, auf  
den wir Anspruch erheben können, sich in unseren  
Reihen befindet. Jede Lücke, und sei sie noch  
so klein, ist doch eine Lücke und gewährleistet  
dem Feinde ein leichteres Eindringen.

Wenn wir hier die größten und bedeut-  
samsten Kämpfe in den Vordergrund stellen,  
kann uns niemand daraus einen Vorwurf  
machen. Denn vom guten Gelingen und der  
glücklichen Beendigung derselben hängt bis zu  
einem gewissen Grade doch auch die Kampfes-  
möglichkeit kleinerer Gruppen ab, wenigstens  
dort, wo wir die Angreifenden sind.

Doch auch in diesem kritischen Jahre haben  
wir uns nicht darauf beschränkt, Schlachten zu  
schlagen, die uns aufgezwungen wurden, oder  
die sich nicht umgehen ließen, sondern wo nur  
irgend die Möglichkeit vorhanden war und mit  
einiger Aussicht auf Erfolg gerechnet werden  
konnte, da schritten wir rüstig vorwärts, und  
eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen auch  
in den kleineren und kleinsten Orten  
zeugen von unserem Vorgehen. Nicht überall  
waren wir vom Glück begünstigt, doch was ruts,  
derartiges muß jede Kämpferschar in den Kauf  
nehmen und wenn wir infolge widriger Um-  
stände hier und da auch unterlagen, hier gilt  
das Wort: „Bald kehren wir reitender  
wieder“. Wir werden noch manche Schlacht  
wagen und verlieren müssen und doch hoffen  
wir als Sieger aus dem großen Kampfe zwischen  
Arbeit und Kapital hervorzugehen. Also Kopf  
hoch, das ist unsere Lösung auch für die Zukunft,  
sie bringe, was sie wolle.

Wenn wir uns nun unter Berücksichtigung  
aller hier angeführten Momente an eine ge-  
rechte Würdigung unserer Erfolge des ver-  
gangenen Jahres begeben wollen, so dürfte es  
selbstverständlich sein, daß wir unsere Erwar-  
tungen nicht allzu hoch schrauben dürfen. Unsere  
Statistik zeigt uns ziemlich genau, von welchem  
Erfolge die einzelne Bewegung, und zusammen-  
gefaßt die einzelnen Arten der Bewegungen be-  
gleitet waren.

Da sind zunächst die Angriffsstreiks. Der  
Zahl der Fälle nach gegen das Vorjahr be-  
deutend, fast um die Hälfte, zurückgegangen,  
zeigen sie in der Beteiligungsziffer der Per-  
sonen eine Steigerung um mehr als das  
Doppelte, was hauptsächlich auf den Koffer-  
macherstreik in Berlin und den allgemeinen  
Streik in Königsberg zurückgeführt werden  
kann. Diese beiden Streiks umfaßten zirka vier  
Fünftel aller beteiligten Personen. Zwei von  
den sechs Angriffsstreiks endeten ohne Erfolg,  
während das Resultat der vier übrigen Streiks  
für die Gesamtzahl der daran Beteiligten eine  
Verkürzung der Arbeitszeit von 42 Stunden  
pro Woche und eine Lohnerböhung um 255 Mk.  
pro Woche war. Die Kosten dieser Streiks be-  
trugen nicht weniger als 19 636 Mk. Der ent-  
gangene Arbeitsverdienst stellt sich auf 36 293  
Mk. Daß mit diesen Summen die errungenen  
Vorteile teuer genug, ja viel zu teuer bezahlt  
werden mußten, ist ohne weiteres, wenn man  
nicht Schönfärberei betreiben will, zuzugeben.  
Vielleicht sind diese Zahlen geeignet, manchen  
Feuerkopf etwas zur Ueberlegung zu zwingen  
und zur Vorsicht zu mahnen. Denn der Kampf  
ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel  
zum Zweck. Ein überlegender und geschickter  
Strateg wird es, so weit es an ihm liegt, auch

zuzuge bringen, falls es nötig ist, lieber einen Kampf auszuweichen, als sich einer sicheren Niederlage auszuliefern; denn Jahre dauert es, ehe die deprimierenden Eindrücke, die solche Niederlagen mit sich bringen, wieder überwunden sind.

Die Abwehrstreiks, die wir führen mußten, um Verschlechterungen zu verhindern, die uns unsere Arbeitgeber zuzumuten hätten, zeigen gegen das Vorjahr merkwürdigerweise einen Rückgang in der Zahl der Fälle, sowie in der Zahl der daran beteiligten Personen. Ein Zeichen dafür jedoch, wie hartnäckig die je unvernünftigeren Kämpfe geführt wurden, ist, daß trotz der Gesamtdauer der Streiks diejenige des Vorjahres noch bedeutend übertraf. Drei dieser Bewegungen verliefen für uns erfolgreich, während vier ohne Erfolg in uns endeten. Doch zu den letzteren eine so viel versprechende Zahlstelle, wie es Kanterbach i. S. war, gehören mußte, ist für uns sehr schmerzhaft. Hier hatte sich eine kleine oder tapigere Kollegenchaft lange gegen die Unterdrückungsliste eines verbohnten Unternehmers gewehrt, leider ohne das gewünschte Resultat zu erzielen. Die Zahlstelle ist vernichtet und in absehbarer Zeit wohl nicht wieder neu aufzurichten.

Durch die Abwehrstreiks wurde erzielt, daß 12 Stunden Arbeitszeitverlängerung und 160 Mark Lohnkürzung pro Woche für die daran Beteiligten abgewehrt wurde. Die Kosten der Streiks betragen 4920 Mk. Der den Kollegen entgangene Arbeitsverdienst beträgt 9080 Mk. In dieser Summe sind natürlich auch die für die erfolglos verlaufenen Bewegungen in Betracht kommenden Wochen enthalten.

An Ausperrungen hatten wir im vergangenen Jahre nur drei zu verzeichnen. Die eine derselben mußten 61 Berliner Tischler über sich ergehen lassen, weil sie frevelhafter Weise sich gestatteten, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Man war aber so gnädig, eine eulagige Ausperrung als geringende Strafe für den begangenen Frevel zu betrachten. Die zweite Ausperrung, gleichfalls in der Reiseartikelbranche, leistete sich Herr Bettlich-Breslau just um die Weihnachtzeit. Der Herr hat sich dabei jedoch einen so gründlichen Schnupfen zugezogen, daß man annehmen kann, er ist für immer kuriert. Durch die Ausperrung des „Lulka“ in Stettin, die bekanntlich hohe Weisen in der Gesamtarbeiterchaft schlug, wurden auch fünf unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Diefelbe endete mit einem teilweisen Erfolge für die Arbeiter. Die Kosten der Ausperrungen betragen 2046 Mk. Der entgangene Arbeitsverdienst stellt sich auf 3063 Mk.

Wir kommen nunmehr zu den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen. Diese treten mehr und mehr mit dem Erstarken der Organisation an die vorderste Stelle. Nicht nur bei uns, sondern allenthalben kann man diese Beobachtung

machen. Ein Zeichen von wachsender Macht tritt mit untrüglicher Sicherheit bei dem Studium dieser Zahlen vor unsere Augen. In nicht weniger als 104 Betrieben der verschiedensten Branchen und Städte, mit 1474 Beschäftigten, wurden 19 Lohnbewegungen geführt, von denen 17 für uns erfolgreich endeten. Wenn man von der großen, Berlin, Offenbach und Stuttgart umfassenden Tarifbewegung der Reiseartikelbranche abieht, die ja genügend in unserer Zeitung besprochen worden ist, müssen wir konstatieren, daß namentlich München im vergangenen Jahre viel für die Kollegen herauskamen konnte, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam. Ein Blick in die Abrechnungstabellen des letzten Jahres zeigt uns auch sofort die Ursachen, oder wenn man will, auch die Wirkungen dieser Vorgänge. München hat wohl den stärksten Aufschwung aller unserer Zirkale zu verzeichnen. Es wurden in allen in Frage kommenden Orten ganz ansehnliche Verbesserungen für die Kollegen herausgeschlagen, womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß hier und da ein Mehr noch ganz gut hätte vertragen werden können. Für die Gesamtheit der an diesen Bewegungen Beteiligten wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 380 Stunden und eine Lohnerböhung von 700 Mk. pro Woche erzielt. Es wurden bei dieser Gelegenheit 11 Tarifverträge abgeschlossen, wodurch das Ertragnisse auf längere Zeit festgelegt werden konnte. Doch die Bezahlung der Leberstunden, bezw. Lohnaufschläge für solche, und noch sonstige andere Vorteile für die Kollegen in einer Anzahl von Betrieben erzielt wurden, sei nur nebenbei erwähnt. Die Gesamtzahl dieser Bewegungen erforderten die relativ geringe Ausgabe von 1327 Mark. Doch auch zur Abwehr von geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mußten drei Bewegungen geführt werden, ohne daß es zur Einstellung der Arbeit kam. Alle drei Bewegungen konnten als erfolgreich für uns registriert werden. Die beabsichtigte Kürzung des Arbeitsverdienstes betrug nicht weniger als 236 Mk. pro Woche. Auf dieses edle Vorhaben mußten die Herren Arbeitgeber infolge unseres Eingreifens verzichten. Nur in einem Falle konnte der Abzug durch die Schuld der Beteiligten, nicht ganz abgewehrt werden und man begnügte sich mit einem Teilerfolge, der aber infoloren von Bedeutung ist, daß er mit einem Lohnvertrage endete. Die Kosten für diese letzte Art der Abwehrbewegungen betragen 8 Mk. Ein Betrag, der kaum der Erwähnung wert ist, wenn man berücksichtigt, was erreicht wurde.

Hiermit können wir unsere Betrachtungen schließen. Erwähnt sei nur noch, daß unsere Aufstellungen auf absolute Vollkommenheit durchaus keinen Anspruch erheben können. Oft kommt es vor, daß wir von Bewegungen unserer Kollegen überhaupt keine oder doch erst sehr post festum und nur durch Zufall Nachricht erhalten. Meistens findet man uns nur, wenn

es an den Geldbeutel geht. Um aber ein wirklich naturgetreues Bild über diese Vorgänge in unserer Organisation zeichnen zu können, ist es durchaus notwendig und liegt im Interesse unserer Agitation, daß uns alle, auch die kleinsten Bewegungen berichtet werden. Ueber solche Bewegungen, in die wir nur mittelbar durch andere Verbände, Metallarbeiter usw. hineingezogen wurden, bekommen wir in der Regel überhaupt keine Berichte, obwohl uns solche auch schon ganz bedeutende Geldopfer gekostet haben. Wir wollen hoffen und wünschen, daß wir in Zukunft auch auf diesem Gebiete eine gründlichere und bessere Bedienung der Zentrale durch die in Betracht kommenden Faktoren zu verzeichnen haben werden.

**Zur Generalversammlung.**

Durch Stoffmangel zu der letzten Nummer der „Sattlerzeitung“ mußten wir einen Artikel der „Portefeuille-Zeitung“ zurückstellen, in dem Stellung zu den Anträgen genommen wurde. Im wesentlichen kann man mit dem Verfasser einverstanden sein, wenn auch einige Punkte allzu einseitig vom Standpunkte der Portefeuille beurteilt werden. Zunächst können wir unser Einverständnis erklären, wenn die „P. Z.“ schreibt:

„Nur die Arbeit steht der gemeinschaftlichen Generalversammlung in Köln bevor. Denn zu den von den beiden Verbandsvorständen veröffentlichten Tagesordnungspunkten und Sitzungen sind im ganzen 248 Anträge eingelaufen. Ein Vereis, welches Interesse die Mitglieder der beiden in Betracht kommenden Organisationen haben, den neu zu bildenden Verband aktionsfähig zu gestalten. Die Sattler haben zu ihrer besonderen Generalversammlung keinen, die Portefeuille, durch die Offenbacher Ortsverwaltung, für ihren Verbandstag einen Antrag gestellt. Dieser eine aber ist so gewichtig, daß er hundert andere gut und gerne aufwiegt. Er besagt, von dem Vermögen des Portefeuilleverbandes sind 120000 Mk. für die Tarifbewegung der Portefeuille und Metallarbeiter, im Jahre 1911 überzurufen. Wir sind der Meinung, der Antrag erübrigt sich ganz von selbst, weil für jede in Aussicht genommene Lohn- und Tarifbewegung die erforderlichen Mittel bereitgestellt sein müssen. Es erübrigt sich aber deswegen auch, auf unserm Verbandstage behandelt zu werden, weil, wenn unser Verbandstag wirklich dem zustimmen sollte, die gemeinschaftliche Generalversammlung es noch nicht zu tun braucht. Wir sind auch weiter der Meinung, die Generalversammlung darf dem nicht zustimmen, denn es kann ja sein, die Bewegung 1911 verurteilt werden mehr Kosten, als nach dem Antrage übergestellt werden sollen, der Zentralvorstand darf aber dann trotz vorhandener Mittel nicht mehr dafür bewilligen, wenn diese Summe verbraucht ist. Der Kampf müßte unter solchen Umständen abgebrochen werden. Doch ganz abgesehen davon, wo sollte es in einem Gemeinwesen hinkommen, wenn jeder einzelne sein Extravertiden gebeten haben möchte.“

Die Vereinbarungen der beiden Verbandsleitungen sind auch den Mitgliedern der Offenbacher Ortsverwaltung schon seit Ende September v. J. bekannt. Sie mußten genau wissen, daß ihr Antrag sich durchaus nicht mit den Abmachungen, denen doch auch die Offenbacher zugestimmt haben, vereinbaren läßt.

**Warum ist das Meerwasser salzig?**

Von M. S. Waage (Wilhelmshagen).

(Nachdruck verboten.)

Die nächstliegende Antwort auf die Frage, woher der Salzgehalt des Meeres komme, sehen von jeher die zu sein, daß man auch auf dem Meeresgründe ähnliche Steinjalzlager annahm, wie wir sie auf dem Festlande besitzen. Zwar ist bis jetzt noch kein einziges davon nachgewiesen, aber auch kein Grund denkbar, weshalb sie dort fehlen sollten. Somit ist diese Beantwortung der Frage, warum das Meer salzig sei, eine einfache Behauptung, die uns gar keinen Anlaß zu weiterem Nachdenken gibt. Wir wenden uns daher zu einer anderen Art der Beantwortung.

Vorher erinnern wir uns an den Unterschied zwischen Regen- oder Quellwasser und zwischen destilliertem Wasser. Wir wissen, daß letzteres reiner ist, das heißt, diejenigen Stoffe nicht mehr enthält, die vor der Destillation darin, wenn auch nur in sehr geringer unmerklicher und unspürbarer Menge, aufgelöst enthalten waren. Diese Stoffe sind in dem Destillierkolben zurückgeblieben. Das Wasser verwandelt sich in dem erhitzten Destillierkolben in Dampf, und dieser mußte dann ein kaltes Rohr passieren, in

welchem der Wasserdampf wieder zu tropfbar flüssigem Wasser verdichtet wurde. Im Kleinen können wir dies täglich in der Küche an unseren Kochtöpfen beobachten. Die sich an dem Deckel des Kochtopfes ansammelnden Wassertropfen sind vollkommen chemisch reines Wasser, destilliertes Wasser, obgleich sie vielleicht aus einer verdünnten Suppe aufstiegen. Innen am Deckel der heißen Kaffeekanne hängen nicht Kaffeetropfen, sondern klare, vollkommen geschmacklose Wassertropfen. Da nun Destillieren weiter nichts ist, als eine Verwandlung des tropfbarflüssigen Wassers in luftförmigen Dampf und ein nachheriges Wiederverdichten des Wasserdampfes zu Wasser, so ist jede Verdampfung eine Destillation, beide sind gleich und bewirken gleiches.

Das Wasser also, das für uns freilich unsichtbar, an einem heißen Sommertage, von dem trüben Spiegel eines Sumpfes verdunstet, ist vollkommen reines Wasser, hat von den Stoffen, die den Sumpf verunreinigen, nichts mit emporgehoben.

Nachdem wir uns hieran erinnert haben, haben wir den einen Schritt getan, der gleichwohl ausreicht, um damit die große Kluff zu überschreiten, die für viele zwischen der uns beschäftigenden Frage und der Antwort zu liegen scheinen wird, welche in die Worte faffe: die Ströme und Flüsse haben

das Meer salzig gemacht. Aber wie können Ströme und Flüsse, die süßes Wasser in das Meer führen, dieses salzig machen?

Wenn wir nun Wasser von irgendeinem Quell, Bach, Sumpf, Fluß oder Strom destillieren, so finden wir unter den darin aufgelösten in dem Destillierkolben zurückbliebenden Stoffen stets auch etwas Kochsalz, obgleich es fast immer so wenig ist, daß wir es in dem Wasser, wenn wir es vor der Destillation gelöst haben, nicht schmecken. Mitßen führen alle Ströme und Flüsse ununterbrochen kleine Mengen Salz ins Meer.

Vergessen wir jetzt nicht, daß aus den denkbar kleinsten ununterbrochen zuströmenden Einmahlen leicht ein ungeheurer Schatz sich anhäufen muß, wenn neben der ununterbrochenen Einnahme nicht die mindeste Ausgabe stattfindet. In dieser Lage befindet sich das Meer. Es nimmt seit unendlicher langer Zeit, die wir nach vielen Millionen von Jahren schätzen dürfen, ohne Unterbrechung in dem ihm zuströmenden Flußwasser Salz ein, ohne je etwas davon zu verlieren. Denn das, was seit dem Entstehen des Menschengeschlechts dem Meere durch die an den Küsten heißer Länder bestehende Salzgewinnung entzogen wird, ist gegenüber dem unermesslichen Salzreichtum des Meeres in der Tat für nichts zu rechnen, nachdem einmal die früheren Jahre

Der Antrag ist des weiteren zur Diskussion ungeeignet, weil er der Vermutung Raum gibt, er soll noch in letzter Stunde die Verschmelzung hinterreiben. Wer das beantragen kann, wer auf dem Verbandstag durch Fürsprache und Annahme des Antrages die bisher geleistete Arbeit illusorisch machen will, der erkläre aber auch gleich rund und nett heraus, er ist gegen die Verschmelzung. Wir nehmen nicht an, daß die Antragsteller dies wollten, darum werden sie von selbst den Antrag zurückziehen.

Daß nicht alle Portefeuerler und auch nicht die Mehrzahl derselben so denken wie die Offenbacher Antragsteller, das beweist die letzte Nummer der „R.-Z.“, wo in einem Berliner Bericht zu lesen ist, daß die Delegierten zu diesem Antrage Uebergang zur Tagesordnung beantragen sollen.

Der wichtigste Punkt der gemeinschaftlichen Generalversammlung wird zweifelsohne die Statutenberatung sein. Hier soll eine neue Verfassung unseren Mitgliedern gegeben werden. Die Anteilnahme der Kollegenchaft an dieser Beratung zeigt sich auch schon durch die Masse der Anträge, wenn auch die Qualität durch die Quantität sicher beeinträchtigt wird. In dem Statut sind also 229 Anträge gestellt und nur 14 zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung. Die „R.-Z.“ bemerkt hierzu:

„Es ist uns nicht möglich, jeden einzelnen Antrag zu besprechen, auch wollen wir uns durchaus nicht als Vormund der Mitglieder aufspielen, weshalb wir nur einige, uns wichtig erscheinende, herausgreifen.“

Dem Antrag 1, die Agitation unter den Arbeiterinnen bei Punkt 4 der Tagesordnung mitzubehandeln, kann ohne weiteres entsprechen werden, während Antrag 2 wegen zu großer Belastung der an sich schon reichhaltigen Tagesordnung abzulehnen ist. Der Antrag 3, Offenbach als Sitz des Verbandes vorzuschlagen, ist nur zur Annahme zu empfehlen, doch alle, die ihr dafür stimmen wollen, laßt eure Hoffnung draußen.“

Für alle die Kollegen, ob Sattler oder Portefeuerler bleibt sich gleich, welche an den Konferenzen und an den Bevollmächtigtenkonferenzen teilgenommen haben, ist diese Frage entschieden. Wenn trotzdem von den Portefeuerlern noch in bezug auf den Sitz des Verbandes Anträge gestellt werden, so ist dieses schließlich begreiflich, genügt aber von einer Verkennung der zukünftigen Organisationsformen. In der wichtigen Frage des Beitrages wird folgendes geschrieben:

„Von weitgehender Bedeutung sind die Anträge 24, 25 und 73, wonach die Arbeiter auf 50 bzw. 25 Pf. festzusetzen sind und den Verwaltungstellen 20 Proz. der Beiträge verbleiben sollen. Wenn die letzte Bevollmächtigtenkonferenz in Offenbach diese Anträge gestellt hat, so ist sie von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Mitglieder nicht höhere Beiträge als zurzeit leisten sollen. Nur die Verrechnung soll eine andere sein, d. h. die Mitglieder zahlen nach wie vor 50 bzw. 25 Pf. Beitrag. Anstatt daß den Verwaltungstellen jetzt der Votalszuschlag von 5 Pf. und 4 1/2 Pf. von jeder verkauften Beitragsmarke männlicher Mitglieder verbleibt, sollen es nach den Anträgen 10 Pf. sein, wovon die Erheber bezahlt, die eingeführten

Votalsunterstützungen weiter geleistet und alle sonstigen Ausgaben bestritten werden sollen. Die Delegierten des Portefeuerlerverbandes handeln nicht nur im Interesse ihrer Votalsaffen, wenn sie den Anträgen 24, 25 und 73 zustimmen, sondern sie verhalten sich auch der Verbandskasse zu einer Mehreinnahme von zickel 13000 Mtl. pro Jahr. Denn soweit die Beiträge der Sattler in Betracht kommen, erhält die Zentralkasse jetzt von den 45 Pf. nur 36 Pf., während sie nachher von den 50 Pf. 40, also 4 Pf. mehr pro Marke, bekommen soll.“

Wir haben bereits unsere Stellung zu der Beitragsfrage vor längerer Zeit präzisiert. Erfreulicherweise können wir noch berichten, daß auch die diesbezüglichen Verhandlungen in Berlin dazu geführt haben, daß die Delegierten der Portefeuerler von den Mitgliedern beauftragt wurden, für die Sätze von 50 resp. 25 Pf. zu stimmen. Die „R.-Z.“ schreibt dann weiter:

„Der Antrag 103, die Generalversammlung abzuwechseln in Berlin und Offenbach abzuhalten, ist zur Annahme zu empfehlen, können doch dadurch viel Kosten erspart werden. Unannehmbar dagegen ist der Antrag 104, die Generalversammlung alle 5 Jahre stattfinden zu lassen. Wir wären sogar fürs einmal dafür zu haben, die nächste Generalversammlung schon Ostern 1911 in Offenbach abzuhalten. Kritisch könnten die durch die Zusammenlegung beider Verbände zutage tretende Unannehmlichkeiten beglichen werden, und zweitens befinden wir uns dann in den Vorbereitungen zur Tarifbewegung 1911.“

Mit diesen Ansichten können wir uns nicht einverstanden erklären, wenn wir berücksichtigen, daß auch noch Sattler in dem zukünftigen Verbände sind, welche auch gern mal an ihrem Ort ein Stück Verbandsleben genießen wollen. Man wird also auch andere Orte zu berücksichtigen haben, und werden die Kosten unter Umständen noch geringer sein. Wenn wir nun für eine fünfjährige Periode nicht zu haben sind, so können wir uns auch für eine zweijährige Periode, also für eine Generalversammlung für 1911, nicht entscheiden. Die Zeit wird unserer Meinung nach zu kurz sein, um genügende Erfahrungen für die Zukunft zu sammeln, und gerade der Umstand, daß wir im Ostern 1911 in den Tarifberatungen und Verhandlungen stehen, welche eine Nummer von Zeit und Opfern erfordern, dürfte uns veranlassen, die Generalversammlung erst 1912 abzuhalten.

Die „R.-Z.“ fährt dann fort:

„Abzulehnen sind die beantragten Erhöhungen der Unterstützungsätze, soweit sie über den Entwurf hinausgehen. Nicht etwa, weil wir die Unterstützungsätze für zu hoch halten, sondern weil bei einem Beitrag von 25 bzw. 50 Pf. die Zentralkasse nicht mehr leisten darf, sollen nicht alle Einnahmen für Erwerbslosenunterstützung veranschlagt und für Lohnbewegungen keine Rücklagen gemacht werden. Derselben Gründe müssen die Delegierten veranlassen, gegen den Antrag 199 zu stimmen, welcher schon vom 4. Tage ab Krankenunterstützung gewährt haben will. Die Annahme dieses Antrages würde nach aufgestellten Berechnungen eine Mehrausgabe von jährlich 13000 Mtl. verursachen.“

Die Anträge 218 und 220 sind geeignet, die Versicherungsbedingungen für Beisitzer zu den Heberbedingungsstellen zu erleichtern und darum abgelehnt.

Dem Mangel an freigestellten Kollegen zum Zwecke der Agitation wollen die Anträge 225 und 226 abhelfen. Die hier aufzunehmenden Ausgaben werden sich großartig verziehen, wenn man bedenkt, daß noch in Deutschland zickel 13000 Berufsangehörige für den Verband zu gewinnen sind.

Der Antrag 232 bezweckt, das Verbandsorgan in Zukunft adalältig erscheinen zu lassen, was die Anteilnahme eines bescheidenen Redakteurs zur selbstverständlichen Voraussetzung hat. Wird diesem Antrag mehr Beachtung als bisher geschenkt, so ist auf seine Annahme zu hoffen.

Der Antrag 236, beschließen zu wollen, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Verschmelzung der gesamten Gewerkschaften Deutschlands zu behandeln, dürfte ohne Diskussion abgelehnt werden. Solange noch die Portefeuerler und Sattler, die es doch gewiß nötig haben, nicht ganz einig sind, solange ist an eine Lösung der Frage, wie sie dieser Antrag bezweckt, nicht zu denken. Wenn die Antragsteller der Meinung sind, es könnte dann besser und erfolgreicher agitiert werden, so verweisen wir auf die politischen Organisationen, die ja ebenfalls, ohne Unterschied der Berufsangehörigen, sind und trotzdem an Mitgliederzahl den Gewerkschaften bedeutend nachstehen.

Zu wünschen wäre dann noch die Verwirklichung des Antrages 241, der von der Organisation der Lehrlinge spricht.“

Zu diesen Ausführungen läßt sich nichts sagen, und können wir sie fast durchweg unterstreichen. Im übrigen haben wir uns bei früherer Gelegenheit schon ähnlich ausgesprochen.

Die Zeit ist nun nicht mehr allzu fern, wo die beauftragten Vertrauensleute unserer Mitglieder aus beiden Verbänden zur Beratung in Köln zusammentreten werden. Die Arbeit ist eine überaus schwere, und bedarf es von beiden Seiten großer Nachgiebigkeit, um die vorhandenen Streitpunkte zu beseitigen. Von vornherein muß der Grundriß aufgestellt werden, daß es auf dieser gemeinschaftlichen Generalversammlung keine Sieger und Besiegte geben darf. Verständigung, das ist die Lösung, die über den Kölner Tagen herrschen muß und nach unserer Ansicht auch herrschen wird.

### Der Eintritt eines „neuen Unterstützungsalles“ bei der Krankenversicherung.

G. Der § 26a, Ziffer 3, des Krankenversicherungs-gesetzes gestattet den einzelnen Klassen, folgende Bestimmungen in ihrem Statut aufzunehmen: „Mitglieder, welche von der in Betracht kommenden Krankenkasse eine Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 26 Wochen bezogen haben, ist bei Eintritt eines neuen Unterstützungsalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur im gesetzlichen Mindestbetrage und nur für die Gesamtdauer von dreizehn Wochen zu gewähren.“ — Heber diese Bestimmung treten nun fortwährend Differenzen zwischen den Versicherten und den Kassen zutage, weshalb es sich lohnt, hierauf des näheren einzugehen. Die erwähnte Bestimmung, die nach § 6a des K.-V.-G. auch für die Gemeindekrankenkassen eingeführt werden kann, und nicht allein bei dieser,

millionen hindurch die Salzbericherung stattgefunden hat.

Bereisen wir uns jetzt unter den heißen Tropengürtel zwischen den beiden Wendekreisen. Dort befindet sich ein Destillierapparat in großartigstem Maßstabe, denn es wird dort Tag für Tag durch die senkrecht auffallenden Sonnenstrahlen das die Oberfläche des Meeres bildende Wasser verdunstet. Dadurch wird nach mehrfachen angestellten Beobachtungen alljährlich eine etwa fünf Meter hohe Schicht dem Meere entzogen und als Wasserdampf in die Luft geführt. Es würde also eigentlich dort das Meer jährlich um rund fünf Meter niedriger werden, wenn nicht der Zufluß aus den Flüssen und Regenröuse das Verlorene immer wieder ersetzt. Das Meer nimmt nun zwischen den Wendekreisen weitaus mehr Flächenraum ein als das feste Land und wir werden, wenn wir das wissen, auch nicht darüber erstaunen, zu hören, daß in diesem Erdgürtel alljährlich wenigstens 884 Millionen Kubikmeter Meerwasser in die Luft steigen. Alles in dieser ungeheuren Wassermasse enthaltene Salz bleibt aber im Meere liegen.

Der zwischen den Wendekreisen aufsteigende Wasserdampf wird von den Luftströmungen größtenteils nach höheren Breiten geführt, wo er als Regen oder Schnee niederschlägt, die Quellen speist,

welche sich bei ihrem Laufe durch die Erdrinde auf neue mit Salz versehen und so nach langem Wege als Ströme zum Meere zurückkehren, eine neue, wenn auch nur geringe Salzladung mitbringend.

Um uns diesen ganzen großartigen Prozeß recht anschaulich zu machen, können wir folgendes Experiment anstellen: Wir legen eine große flache Schüssel mit destilliertem, also noch gar kein Kochsalz enthaltendem Wasser auf einen mäßig geheizten Ofen und geben, so oft aus ihr ein Kubikmeter Wasser verdunstet ist, stets ebensoviel neues Wasser wieder hinzu, welchem wir einen ganz geringen, unmerklichen Salzgehalt gegeben haben. Wenn wir dies einige Wochen lang fortsetzen, so wird das Wasser, in der flachen Schüssel nach und nach immer salziger werden, obgleich wir nur solches Wasser immer nachgeschöpfen haben, dessen geringere Salzgehalt gar nicht zu schmecken war.

Die Schüssel ist das Meer, das nachgehobene Wasser sind die Flüsse. Man wende nicht ein, daß ja das Wasser in der Schüssel immer salziger werde, das Meer aber in seinem Salzgehalt sich gleichbleibt. Dieser Einwand ist zwar richtig, aber wir haben es bei Meer und Flüssen mit einem unendlich großen Kreislauf zu tun, der sich bereits ins Gleichgewicht gestellt hat, obgleich vom Anfang an es auch mit dem Meere ebenso gewesen sein muß, wie mit

unserm Versuche. Und wenn auch unsere, noch kein Jahrhundert lang genau vorgenommenen Untersuchungen des Salzgehalts des Meerwassers keine Zunahme desselben nachgewiesen haben, so brauchen wir, um uns das erklären zu können, nur an die unendlich lange Zeit zu denken, welche diese Salzbericherung des Meeres schon stattfindet, eine Zeit, gegenüber welcher unsere Beobachtungszeiten nichts, gar nichts bedeuten.

Hebrigen haben wir für die Wichtigkeit der unserer Verantwortung zugrunde liegenden Theorie in der Natur selbst Belege im Kleinen. Man hat dafür nämlich geltend gemacht, daß alle Landseen, die keinen Abfluß haben, die, wie zum Beispiel das Kaspiische Meer, der Aralsee und andere, also nur durch Verdunstung Wasser abgeben, sämtlich Salzseen sind, obgleich sie nur süßes Wasser durch die in sie einmündenden Flüsse erhalten. Die Wolga in Rußland, welche ein Stromgebiet von 24840 deutschen Quadratmeilen hat, ergießt sich in das Kaspiische Meer, und die seit unbestimmbar langer Zeit von ihr dem Boden dieses Sees zugeführten kleinen Salzvorsätze haben dieses Wasser und das ganze Ufergebiet mit Salzvoratz versehen. Auch hier war ununterbrochene Einnahme ohne Ausgabe.

sondern auch bei fast allen Orts-, Betriebsklassen usw. statutarisch festgesetzt ist, soll nun die rückfälligen Kranken treffen. Durch die Novelle von 1903 ist die Unterstützungsdauer bekanntlich von 13 auf 26 Wochen erweitert worden. Somit darf die Beschränkung des Anspruchs bei rückfälligen Erkrankungen nur eintreten, wenn die Unterstützung schon im früheren Falle für 26 Wochen gewährt wurde. In welcher Weise sollen nun die gesetzlichen Bestimmungen bei den rückfälligen Erkrankungen gehandhabt werden?

Darüber schreibt Amtsgerichtsrat Dahn in seinem Kommentar zum Krankenversicherungsgezet unter anderem folgendes: „Grundsätzlich bildet jede neue Erkrankung einen neuen Unterstützungsfall“, das heißt, die begründet den Unterstützungsanspruch für die volle gesetzl. oder statutarische Dauer ohne Rücksicht auf die Zeit, für welche in einem früheren Falle Unterstützung bereits gewährt worden ist; dabei ist es unerheblich, ob die beiden oder mehrere Fälle auf eine und dieselbe Krankheitsursache (Krankheit im medizinischen Sinne) zurückzuführen sind; es genügt, daß die Fälle sich als mehrere Krankheiten im Rechtsinne darstellen, das heißt, daß zwischen ihnen eine Zeit liegt, in der bei vernünftiger Lebensweise noch lückenlosem Befinden weder ärztliche Behandlung oder die Anwendung von Heilmitteln erforderlich, noch Erwerbsunfähigkeit gegeben war. — Um eventuelle Unklarheiten über diese Materie zu beseitigen, soll nun weiter auf nachfolgende Entscheidungen verwiesen werden:

1. Entscheidung des Magistrats zu Halle a. S. am 27. Februar 1902. Sachverhalt: Der Gemann der Klägerin war Zwangsmittglied der Giebichensteiner Ortskrankenkasse. Er erkrankte am 19. September 1901, wurde vom selbigen Tage ab von dem ihn behandelnden Hausarzt erwerbsunfähig geschrieben und erhielt von der Beklagten auch Krankengeld bis einschließlich 28. September 1901. Die Klägerin beantragte nun, die Beklagte zu verurteilen, an sie als rechtmäßige Erbin ihres inzwischen verstorbenen Mannes auch für die Zeit vom 30. September bis 19. Dezember 1901 an Krankengeld pro Tag 1,75 Mk., insgesamt 122,50 Mk., zu zahlen. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage, indem sie auf die Bestimmung des § 15 ihres Statuts hinweist, wonach sie innerhalb von zwölf Monaten nur für 13 Wochen (seit 1903 ist diese Unterstützungsdauer, wie schon bemerkt, auf 26 Wochen erweitert worden) die Fürsorge zu übernehmen habe. Dem Verstorbenen seien aber bereits innerhalb der letzten acht Monate für elf Wochen und einem Tag Krankengeld gezahlt worden; der Klägerin stehe daher nur noch ein Anspruch auf elf Tage à 1,75 Mk. zu. Entscheidungsgründe: Das Krankenversicherungsgezet bestimmt, daß den Versicherten die Krankenunterstützung im gesetzlichen Mindestbetrage, wenn erforderlich, bis zum Ablauf der 13. Woche (jetzt 26. Woche) so oft zu gewähren ist, als sie während ihrer Mitgliedschaft bei der Gemeindefrankenversicherung oder Ortskrankenkasse erkrankt. (§§ 1, 20 A. B. G.) Das Gezet aber ermächtigt die Krankenkassen, um einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Krankenversicherung durch unvalide oder von einer Krankheit nicht völlig geheilte Personen beugen zu können, statutarisch zu bestimmen, daß denjenigen, welche von ihnen bereits die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 13 (jetzt 26) Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen, durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßten Unterstützungsfalles im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen, bei Erstkrankheiten auch nur im gesetzlichen Mindestbetrage zu gewähren ist. (Siehe § 6a Abs. 1 Ziffer 3, § 20a Abs. 2 Ziffer 3 des A. B. G.) Hierüber hinaus sind die Gemeinden und Krankenkassen zu einer Einschränkung der Krankenunterstützung bloß im dem Willen, weil sie schon vorher geleistet worden war, nicht ermächtigt. Die Krankenunterstützung ist also nach wie vor voll zu gewähren, wenn dem neuen Unterstützungsfall die Gewährung einer Krankenunterstützung bis zum Ablauf der 13. (jetzt 26.) Woche in den letzten zwölf Monaten rückwärts nicht vorausgegangen ist, oder wenn dies zutreffend, der neue Unterstützungsfall aber durch eine andere oder zwar durch die gleiche, vorher indes völlig gehobene oder endlich durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache während der Mitgliedschaft bei einer Gemeindefrankenversicherung oder einer anderen Krankenkasse veranlaßt worden ist. (Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 26. März 1906.) Die Beklagte hat nun von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, indem sie die Bestimmung des § 20a Abs. 2 Ziffer 3 des A. B. G. in ihr Statut (§ 15) aufgenommen hat. Sie übersteht aber bei der Durchführung dieser Vorschrift, daß die zwölf Monate, innerhalb welcher 13 (jetzt 26) Wochen Unterstützung gewährt sein müssen, nun zu erzielen, daß für die nächsten zwölf Monate — also vom Tage der neuen Erkrankung, 20. September 1901, ab — ebenfalls nur 13 Wochen insge-

samt Unterstützung gewährt zu werden braucht, vom Tage der neuen Erkrankung — 20. September 1901 — ab, zurückzurechnen sind. Der Versicherte hat infolge eines überflüssigen Krankenleidens vom 12. Februar 1901 bis 20. April 1901 = 59 Werktage = 13 1/2 Wochen fünf Tage Krankenunterstützung bezogen, dann geheilt die Arbeit wieder aufgenommen und dieselbe bis zu seiner Wiederekrankung, am 19. September 1901, fortgesetzt. Von diesem Tage ab hat er also, zurückgerechnet innerhalb zwölf Monate, nur für die Dauer von 59 Werktagen = neun Wochen fünf Tagen Unterstützung bezogen. Es hand ihm mithin das Recht zu, vom Tage seiner neuen Erkrankung — 19. September 1901 — ab einen weiteren Anspruch, und zwar für die Dauer von vollen 13 (jetzt 26) Wochen zu erheben.

2. Entscheidung des Magistrats in Frankfurt a. M. „Reformblatt“, 1906, S. 426: „Neue Ansprüche auf die Rente können nur dann erhoben werden, wenn die Krankheit im Rechtsinne einmal beendet war und dann eine Erkrankung aus neuer Ursache, sei es als Folge derselben oder einer anderen Krankheitsursache. Die im Jahre 1905 eingetretene Erkrankung des St. Schloß am 3. Februar 1906 deshalb nicht ab, weil derselbe der Heilbehandlung weiter bedürfte. Ein „neuer Unterstützungsfall“ war somit nicht gegeben.

3. Entscheidung des badischen Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Juni 1905: Das Zutreten einer neuen Krankheit (Lungenleiden) zu einer früheren noch bestehenden Erkrankung (Nagelentzündung) begründet noch keinen neuen Unterstützungsfall, wenn das Befinden des Kranken in der Zwischenzeit unangesehrt ärztliche Behandlung erforderte oder ihn erwerbsunfähig machte.

Nach dieser Entscheidung ist für den Begriff „neuer Unterstützungsfall“ der Grundstoß maßgebend, daß unter Krankheit ein in die äußere Erscheinung tretender Zustand zu verstehen ist, welcher entweder eine Vorkrankung, sei es des Arztes oder durch besondere Pflege bedingt, oder mindigstens die Arbeitsfähigkeit ausschließt. Wenn keine dieser Voraussetzungen gegeben ist, so liegt eine Krankheit nicht vor. Daraus ergibt sich, daß, wenn im Falle wiederholter Erkrankung eines Versicherten zwischen der letzten und der neuesten Erkrankung ein wenn auch kurzer Zeitraum liegt, in dem die Notwendigkeit der Unterstützungsgewährung an den Versicherten regelt, die Verpflichtung der Krankenkasse zur Krankenunterstützung neuerdings in ihrem vollen Umfang eintritt. Es muß die in der Mitte liegende Arbeitsperiode von solcher Beschaffenheit sein, daß der Versicherte weder ärztliche Behandlung notwendig habe, noch in seiner Erwerbsfähigkeit gehindert war, ist an der Hand der ärztlichen Gutachten zu prüfen. Eine neue Krankheitsursache ist hierbei nach einer Entscheidung der Regierung zu Speyer nicht erforderlich; eine neue Erkrankung kann vielmehr auch dann gegeben sein, wenn dieselbe auf die bereits früher zutage getretene Krankheitsanlage zurückzuführen ist und sich als Wiederaustritt eines älteren Leidens charakterisiert.

Wegen nun die vorstehenden Darlegungen noch anzuführen Entscheidungen dazu beitragen, daß die erwähnten Bestimmungen in den §§ 6a und 20a des A. B. G. stets die richtige Auslegung finden werden.

**Soziales.**

Professur Adolf Wagner und die preussischen Schnapssteuer! Am 23. Februar 1906 hielt die Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ihre 34. Generalversammlung ab. Graf Wirbach-Sorquillen eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er auf die Wichtigkeit der Reichsfinanzreform hinwies. Professor Dr. Gerlach-Königsberg und Kammerherr Freichert zu Rulisch referierten über die Reform und schlugen Resolutions vor, in denen verlangt wird, daß das Reich sich zur Deckung seines finanziellen Bedarfs auf Verbrauchs- und Verbrauchssteuer beschränkt und die Besteuerung des Einkommens und Vermögens den Einzelstaaten nicht entzogen werden dürfe. Auch die Erbschaftsteuer sei ein Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten, den Bundesstaaten zustehenden Steuern, sei sie vom ethischen Standpunkt aus unangenehm gefühlt.

Professor Wagner ist über den Verdacht erhaben, als ob er sozialistischen Neigungen halbtig. Er ist ein naher Freund des kürzlich verstorbenen Sozialpredigers Glöckner gewesen, mit dem er gemeinsam in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die bekannte „Berliner Bewegung“ ins Leben rief, die so häufig schiterte. Er ist durch und durch konservativ gesinnt, und der Umstand, daß er in die erste deutsche Gesellschaft geladen war, beweist schon, daß frühere Vorgänge die Agrarier zu der Heberzeugung berechtigten, in dem Professor Wagner ganz einen der übrigen zu sehen. Um so größer war die Enttäuschung, als Wagner die Notwendigkeit der Nachlass- und Erbschaftsteuer betonte und dabei auf die Lasten hinwies, welche der kleine Mann zu tragen

hat. Ein Sturm der Entrüstung brach in der Versammlung los, die den Redner öfters nötigte, seinen Vortrag zu unterbrechen. Mit Spott und Spottgeschlächter wurde der 74jährige Gelehrte überschüttet, dessen Alter allein schon ihn vor derartigen Anfallen hätte schützen müssen, ganz abgesehen davon, daß er im allgemeinen durchaus auf dem politischen Standpunkt seiner Zeitgenossen steht.

Und es war nicht etwa eine unbekannte Klasse, die diese Mißheleien beging. Die „Rechten und Besten der Nation“, die Mitte des ostelbischen Junkertums war hier unter dem Vorhitz des Präsidenten des preussischen Herrenhauses beisammen und betrug sich so fleischhaft, wie es kaum eine Nation betrunkener Randaliers fertig bringt. Das ist der Reiz der Wissenschaft, wie er von den unverständigen Agrariern verstanden wird. Was diese vom Professor Wagner erwartet hatten, gab nachher ein Junker von Bodolawing zum besten. Dieser Edel, es ist Rittergutsbesitzer, klagte über die Belästigung durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel und der Mieten, von der auch die Leute getroffen werden, die Einkommen von 10 000 Mk. haben. Diesen Mittelstand mit einem Einkommen von 10 000 Mk. und darüber zu schätzen, betrachten die Junker als ihre heiligste Aufgabe, und deshalb verlangen sie, daß die Steuerlast den Massen aufgedrückt wird, die sich mit dem zehnten Teil dieses Einkommens durchschlagen müssen.

Gegen diese planmäßige und systematische Ausplünderung des Volkes, die sich von den Gebräuchen der Bauern früherer Jahrhunderte nur dadurch unterscheidet, daß wohl bedeutend weniger Mut, aber desto mehr Frechheit in ihrer Ausübung gehört, wandte sich Professor Wagner in einer Rede, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Ich sage ganz fest heraus, die Nachlass- und Erbschaftsteuer halte ich für notwendig, da wir keine besseren direkten Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Beifall der Wirtsch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Verlaufe meines Vortrags habe ich etwas bemerkt; er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Sollte er das nicht wahr, so übernehme eine harte Lehmann die Verantwortung darüber. Ich würde nicht sagen, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Klasse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Beifall der Wirtsch.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarprodukte haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abrechnen, wir relativ eine viel höhere Summe bekommen als bei den Wohlhabenden und Reichen. (Stürmischer Widerspruch.) Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmischer Widerspruch, Chorufe, 5 Glas Bier täglich.) Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 500 Mk. haben, das steuerfrei bleiben muß. (Zuruf: Angerechterweise!) Es fragt sich, ob es ungerechterweise ist. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genüßmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel höheres freies Einkommen haben. (Stürmischer Widerspruch.) Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxuswende übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmischer Widerspruch.)

Was gegen die Erbschaftsteuer eingemendet werden sollte, habe ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft betreten. (Wachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Zeitgenossen für mich zu haben. (Stürmischer Widerspruch.) Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich berufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftsteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Zuruf: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftsteuern bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich sehen Sie denselben egoistischen Kampf der Wohlhabenden gegen die Besteuerung des Volkes. (Stürmischer Chorufe.) Vorzugsweise lebt sich dort die Bourgeoisie dagegen ab. Außerdem hat Frankreich andere Steuern, die sozial wirken. Und geben Sie mich Österreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und außerdem die Erbschaftsteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führte man auch bei an, trotzdem wurde die Erbschaftsteuer angenommen. (Beifall.) Es wurde nicht erwähnt, daß Nachlasssteuer erst von 20 000 Mk. an erhoben wird.

daß der größte Teil des bäuerlichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt und daß bei 20.000 Mk. 100 Mk. gezahlt werden sollen und in ein paar Raten. Da kann man doch nicht sagen, daß der Familiensinn gestört wird, daß der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. (Widerpruch.)

Man sagt, das mobile Kapital wird sich drücken. Nun, da haben wir die Kontrolle durch die Einkommensteuer. (Widerpruch.) Man sollte außerdem die Steuerhinterziehung nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestrafen. (Sehr richtig!) Wenn der kleine Mann immer sagt, Ihr besteuert mein Salz, mein Bier, meinen Wein, das bündische Käse und Zucker, alles was ich genieße, und wenn Ihr nun auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erstärt Ihr ein rundes Nein, was soll ich ihnen dann erwidern? (Stürmisches Gelächter.) Es ist kein Ruhm für das preussische Herrenhaus, daß es seinerzeit bei der Miquelischen Steuerreform 4 Proz. Einkommensteuer von 100.000 Mk. abwühlte, da konnten die kleinen Leute sagen, das ist Ihr in Konsequenz Eures Patriotismus. (Große Unruhe.) Sobald Ihr ernstlich zahlen sollt, kommt Ihr mit Einwendungen. So kann es nicht weitergehen. Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf nicht mehr Wert legen, als Sie es sonst zu tun pflegen bei einem Mann der Wissenschaft... (Große Unruhe, in der die nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen.) Aber ich habe meine Pflicht getan, ich siehe hier und kann nicht anders. Ich halte die Nachlasssteuer für gut und richtig, wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. (Erneute Schlußrufe.) Wenn wir die Finanzreform wollen, die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können wir von einer direkten Vermögenssteuer nicht absehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Nachlass- und Erbschaftsteuer nicht unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andere Steuer. (Stürmische Ohorufe; Zuruf: Verbrauchssteuern!) Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die Nachlass- und Erbschaftsteuer eingeführt werde. (Stürmische Widersprüche, Rufen, vereinzelter Beifall.)

Gegen die Ausführungen des Professor Adolf Wagner wandte sich unter anderem Rittergutsbesitzer v. Pöhlswinkel mit folgenden Worten:

Die Rede des Professor Wagner hat gezeigt, welche erheblichen Fortschritte über die Lage der Landwirtschaft bei den Berliner Professoren herrschen. (Sehr richtig!) Professor Wagner hat gesagt, bei Einnahmen von 10.000 Mk. bleibe viel übrig für nicht notwendige Ausgaben. (Hört! hört!) Herr Professor Wagner, ist Ihnen nicht bekannt, wie gerade durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel und durch die Verteuerung der Aktien der Mittelstand ungeheuer belastet ist? (Sehr gut!) Auch die Leute werden schwer getroffen, die Einnahmen von 10.000 Mk. haben. (Sehr richtig!) Im Arbeiterstand gilt als selbstverständlich, daß die Söhne mehr werden als die Väter waren. Bei den Beamten und Offizieren aber müssen die Kinder heruntergehen. Es geht bei 10.000 Mk. knapp zu. (Sehr richtig!) Professor Wagner sagte, dem Arbeiter bleibe für die notwendigen Ausgaben nichts übrig. Nun, in Hessen sagte mir ein Arbeiter, wenn er nicht täglich seine drei Glas Bier habe, wolle er lieber krepieren. (Wohlbates Hört! hört!) In Westfalen bekommen die Arbeiter kaum zur Verfügung gestellt. Sie lassen es unbedeutend liegen. (Hört! hört!) Der Arbeiter will eben heute bar Geld, und wenn er es nicht bekommt, dann streikt er. Damit ist die Sache fertig. Der Gedanke einer Arbeitslosenversicherung ist großer Unfug. (Sehr richtig!)

Hier zeigten sich die „Edelsten und Weisen“ wieder einmal im Adamastium! So sehen diese Leute tatsächlich aus, wenn die schützende Hülle entfernt wird. Ganz nach Raubtierart stürzten sie sich auf den, der es wagte, in den Zwinger zu kommen und sie beim Fressen zu stören. Das schlimmste war ja nun, daß sich diese Flegeleien nicht ganz aus der West lügen ließen. Die hauptstädtische Presse beschäftigte sich mit diesen Vorgängen, die nur einige ganz besonders dazu veranlagte politische Dickhäuter entweder abzuleugnen oder aber zu beifälligen Versuchen, wie das Gebahren der „Blüte der Nation“ auf Professor Wagner selbst eingewirkt hat, entnehmen wir einem Briefe, den der Gelehrte an das Zentralorgan der Schnapsjunker, die „Arbeitszeitung“, selbst gerichtet hat. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „Aus den Kreisen der Versammlung wurde diesem meinem Standpunkt nicht die abweichende der „Politiker“ gegenübergestellt, sondern man begegnete mir, der ich vor einigen Jahren ebenfalls von meinem wissenschaftlichen Standpunkt aus in derselben Versammlung unter deren großem Beifall für die Agrarfrage eingetreten war, in einer Art und in Formen, wie ich sie anders-

wo kaum je erlebt habe und allerdings als Freund der berechtigten Bestrebungen der Agrarier nicht erwartet hatte.

In ausgezeichnete Hochachtung ganz ergeben  
Professor Dr. Adolf Wagner,  
Wirklicher Geheimrat.

**Aus unserem Beruf.**

Die **Reiseartikelfattler** in den drei Tariforten Berlin, Offenbach und Stuttgart, werden in Anbetracht dessen, daß die Fabrikanten sich in letzter Zeit häufig Vertragsverhöre zu schulden kommen ließen, darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitszeit am Tage vor Ostern vor 4 Uhr beendet sein muß. Der betreffende Teil des Vertrages lautet wörtlich: Samstag (Sonntags) ist um 5 1/2 Uhr, an Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 4 Uhr Arbeitslohn ohne Lohnabzug. Das Nachholen der durch die gesetzlichen Feiertage und die Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten verlorenen Arbeitszeit gilt als Nebenstunden.

Die Kollegen werden gebeten, strikte auf Einhaltung dieser Bestimmungen zu dringen.

Berlin. Herr Vincenz Lanza vor der Schlichtungskommission. In einer recht unangenehmen Situation befand sich Herr V. Lanza am Donnerstag, den 11. März, als die Schlichtungskommission Gelegenheit nehmen mußte, sich mit der Vertragsstrenge dieses Herrn etwas näher zu befassen. Bei genannter Firma wurde seit Anfang Februar 1907 der Tarifcharakter A. N. zu einem Stundenlohn von 38 Pf. beschäftigt. Als im Juli vorigen Jahres der neue Vertrag für die Tischlerbranche in Kraft trat, erhielt der Kollege eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Laut Vertrag hatte dieser Kollege jetzt aber 42 Pf. zu beanspruchen. Erst im Februar dieses Jahres kam diese Differenz zu unserer Kenntnis, und wir beantragten den Kollegen, auf die Erfüllung des Vertrages zu dringen. Der Erfolg war die sofortige Entlassung. Da Herr Lanza es strikte ablehnte, den Kollegen wieder einzustellen, unterbreiteten wir den Fall der Schlichtungskommission und verlangten zugleich, daß Herr Lanza beurteilt würde, die bisher zu wenig gezahlte Lohnsumme von insgesamt 81,80 Mk. an den Kollegen nachzutahlen. Zu seiner Rechtfertigung führte Herr Lanza an, daß ja der Kollege mit diesem Lohnsatz einverstanden gewesen ist, daß ihm aber aus dem Wunsch zumuten könne, bei so jungen Kollegen schließlich Geld draufzuliegen und daß er in Zukunft demzufolge davon absehen müsse, derartige junge Arbeitskräfte zu beschäftigen. Demgegenüber konnten wir aber das Zeugnis verheerender Arbeiter des Betriebes anführen, daß der betreffende Kollege sogar ein verhältnismäßig sehr tüchtiger und fleißiger Arbeiter war, so daß hier ein ganz besonders trasser Fall von Ausnutzung fremder Arbeitskraft vorlag. Bei dieser Sachlage wagte es Herr Lanza noch, bei dem Verlust des Vorhiebenden, einen Vergleich herbeizuführen, die Summe von 12 Mk. anzubieten. Selbstverständlich lehnten wir dies ab, und das Resultat war, daß Herr Lanza die gesamte Summe von 81,80 Mk. bezahlen mußte.

Der Anspruch des Herrn Lanza bezüglich der minderwertigen jüngeren Arbeitskräfte erhalt aber erst die richtige Bedeutung, wenn wir uns die inneren Verhältnisse des genannten Betriebes genauer ansehen. Einer durchschnittlichen Gehaltszahl von 10 bis 12 stellt Herr Lanza sich 5 bis 6 Gehälter gegenüber. In seiner Ansicht nach nimmt Herr Lanza damit die Verpflichtung auf sich, alle diese jungen Leute zu tüchtigen Arbeitern heranzubilden. Ob und inwiefern dieses geschieht, darüber wollen wir nicht urteilen, sondern die Taten des Herrn Vincenz Lanza selbst reden lassen: Im Februar dieses Jahres lernte der Kollege E. W. bei genannter Firma aus. Tarifmäßig hatte er nun einen Stundenlohn von 40 Pf. zu beanspruchen, während Herr Lanza allerdings nur 38 Pf. zahlte. Wir griffen natürlich sofort ein und, wenn auch nach einigem Widerstreben, erklärte sich Herr Lanza doch bereit, tarifmäßig zu zahlen. Diese Freude dauerte allerdings nur wenige Wochen, und dem Kollegen wurde erklärt, der Kräfte wegen wäre sein Lohnsatz zu hoch; wenn er für 38 Pf. arbeiten wolle, sei es gut, andernfalls müsse er in vierzehn Tagen aufhören. Und so kam es auch. Ob Herr Lanza in diesem Falle Nar geworden ist, welches Zeugnis er sich als Lehrenter dieses Kollegen selbst ausgestellt hat? Ob er sich Gedanken darüber macht, daß, wenn alle Arbeitgeber seinen Standpunkt bezüglich der jüngeren Kollegen teilen, dann das Leben des von ihm Ausgelenteten beruht? Wir wagen es zu bezweifeln. Aber eine Bemänglung lauten wir mit ihm zugehen.

dem dadurch, daß wir auch diesen Fall der Schlichtungskommission unterbreiteten, war es uns doch möglich, in aller Öffentlichkeit auch den anderen Arbeitgebern Kenntnis von diesen Zuständen zu geben. Und einmütig wurde das Verhalten des Herrn Lanza verurteilt und auch als nicht im Sinne des Vertrages liegend bezeichnet. Leider weist unser Vertrag in dieser Beziehung noch eine Lücke auf, denn dem geschädigten, um nicht zu sagen gemäßigten, Kollegen ist mit dieser Beurteilung des Herrn Lanza nicht geholfen. Nicht immer kann uns aber zugemutet werden, es bei der Möglichkeit derartigen Firmen sein Bemühen zu lassen. Der Mann, der berechtigter Weise entstehen muß, kann sehr leicht mal in anderer Weise zum Ausdruck kommen.

Wagau. Hier soll eine Prämienzahlung für das Sattler- und Tapezierergewerbe errichtet werden. Unsere dortigen Kollegen tun gut, sich betätigen für die Beschaffung des Geselkenauslasses zu interessieren.

Der **Kriegsminister von einem wird gebeten, folgendes zu den Akten zu nehmen.** Nach der „Deutschen Sattlerzeitung“ wurde für die Sattlerwerkstatt des schwedischen Heeres zu Fredrikshof-Stockholm im Jahre 1907 ein Arbeits- und Lohnvertrag im Grunde genommen, ein Tarifvertrag abgeschlossen, welcher bis zum 31. März 1910 Gültigkeit behält, und sich immer um ein Jahr verlängert, falls er nicht 3 Monate zuvor gekündigt wurde. Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden und fällt in die Zeit von morgens 7 bis 6 1/2 Uhr abends. Die Pausen betragen insgesamt 2 Stunden. Sonnabends wird schon um 2 Uhr Schlaf gemacht. Nun kommt ein Passus, auf den wir den Herrn Minister schonend vorbereiten wollen. Ein preussischer Minister kann sicherlich viel vertragen, ob er aber ohne Schaden die Mitteilung vernehmen kann, daß königliche Arbeiter am 1. Mai von mittags 12 Uhr ab frei haben, um das Arbeiterrecht begeben zu können, wagen wir zu bezweifeln. Und so was wird noch leichtlich vereinbart. Der niedrigste Lohn für die Arbeiter, welche im Fach 8 Jahr gearbeitet haben, beträgt seit 15. September 1907 50 Dore (58 Pf.) und seit 31. März 1908 ab 53 Dore (61 1/2 Pf.) und seit 1. April 1909 55 Dore (63 1/2 Pf.). Nebenstunden werden mit 40 Proz., Sonn- und Feiertagsarbeit mit 75 Proz. Aufschlag bezahlt. Tüchtige Leute werden besser bezahlt und ältere Arbeiter, welche weniger leistungsfähig sind, werden nach Lebenskenntnis entlohnt. Die Lohnzahlung erfolgt freitags. Es heißt dann nach der „D. S. Z.“ wörtlich: „Die Arbeit wird vom Werkmeister verteilt und geleitet; die Arbeiter oder ihr Nachbarn dürfen dabei nicht eingreifen. Die gegenseitige Kündigungsfrist ist acht Tage. Ausstand oder Ausperrung dürfen unter keinen Umständen in dieser Werkstatt stattfinden.“ Der letzte Satz wird den Kriegsminister davon abhalten, Schweden aus der Liste der kultivierten Staaten zu streichen. Aufmerksam ist der Vertrag aber mit einer Organisation abgeschlossen, sowie es andererseits zweifelsohne festzusetzen scheint, daß diese Arbeiter sich ihren Forderungen anschließen dürfen. Jedenfalls liegt hier, wenn wir von der letzten Bestimmung absehen wollen, ein moderner Vertrag mit einer Staatsbehörde vor. Und wir hier in Deutschland! —

Aus dem **Bund deutscher Sattlerinnungen.** Einem Bericht des Vorstandes entnehmen wir, daß die angeklagten Innungen zum Teil sehr faule Bezahler sein müssen, denn es stehen nicht weniger als 700 Mk. an Beiträgen aus. Die Sattlermeister sind noch nie groß im Geldeben gewesen, sei es für ihren von den Arbeitern geleistete Arbeit oder für ihre eigene Interessenvertretung. Im weiteren wurde Klage geführt, daß die Innungen nach wie vor mit ihren Submissionen kalt gestellt werden, so hat das Reichscolonialamt den jetzt vom Bund eingereichten Submissionenbewerbungen kein Gehör geschenkt. Wie lange submittieren die Bundesbrüder schon umsonst?

Genossenschaftliches. Aus dem Geschäftsbericht der Münchener Werkstätten für Militärfestgen, Sattler- und Lederwaren, eingetr. Genossenschaft m. b. Haftung zu München, welche wie bekannt, im Jahre 1902 von 17 Kollegen ins Leben gerufen wurde, entnehmen wir: daß die Genossenschaft als solche sich von Jahr zu Jahr erweitert und vergrößert, obwohl zu Anfang manche hindernde und schwere Stappe zu überwinden war und statt des erhofften Reingewinns es nur Verlust an Kapital und Mitglieder ergab. — Bisher sind 13 Kollegen an dem Unternehmen beteiligt. Der ausgezeichneten Verwaltung der Genossenschaft im Verein mit dem klar und zielbewußten kleinen Häuflein von Genossen gelang es aber doch, sich nach und nach Abgabebereit für die verschiedenen Spezialartikel, die in Fabrikation genommen wurden, auf dem allgemeinen Warenmarkt zu erwerbten.

Die Bilanz vom 31. Dezember 1908 ergab: Rassenbestand 158,53 Mk., Vorkauflagen 2338,40 Mk., Waren und Material 15.000,32 Mk., Einrichtung

300 Mk., Debitoren 3478,17 Mk. In Passiva: Mitgliedsanteile 4975 Mk., Darlehen 6792,61 Mk., Kreditoren 8003,45 Mk., Reservefonds 4063,75 Mk., Personal-Unterstützungsfonds 312 Mk., Reingewinn: 3092,58 Mk., Pruzingewinn 19 100,35 Mk. Der Reingewinn mit 3092,58 Mk. fand nach Beschluß der Generalversammlung folgende Aufteilung: an den Reservefonds 1436,22 Mk., an den Personal-Unterstützungsfonds 288 Mk., als Gewinnanteil auf die im Geschäft beschäftigten Personen 600 Mk., als Dividende für die Geschäftsanteile 197,50 Mk. und Gewinnvortrag pro 1909 270,86 Mk. Das Statut wurde einer Veränderung unterzogen und wird baldigst im Kundendruck erscheinen. Der Geschäftsanteil ist für fernerehin auch auf 25 Mk. geblieben und ist der Höchstanteil eines Genossen auf 200 Mk. festgesetzt. Dem Anschluß an den Zentralverband der deutschen Kunstgewerbetreibenden wurde einstimmig zugestimmt. Ferner soll jedes über ein Jahr Beschäftigte ein Urlaub von 8 Tagen gewährt werden unter Fortlauf des vollen Lohnes.

**„Ein wortbrüderlicher Unternehmer.“** Unter dieser Stichmarke brachte vor einigen Tagen unser Dresdener Parteiorgan einen Artikel, den wir seiner Bedeutung wegen vollinhaltlich zum Abdruck bringen. Es wird darüber geschrieben:

„Seit Jahren sind die Inhaber der Lederverfabrik Gebr. Dast, Dresden, Freiberger Straße, bemüht gewesen, Verschlechterungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes einzuführen. Was man aber jetzt vornimmt, bildet doch die Krone alles bisher Dagewesenen. Es zeigt, welchen Wert man auf die Worte eines Unternehmers legen kann. Wenn etwas vereinbart ist, so besteht die moralische Pflicht für beide Parteien, daß dieses eingehalten wird. Die Firma Dast tut dieses jedoch nicht, wie wir im Nachfolgenden beweisen werden, im Gegenteil, die brutalste Unternehmervöllerei kehrt sie heraus.“

Vergangenes Jahr führte die Firma in größerem Maße die Heimarbeit ein. Während die Arbeiterinnen im Betriebe hauptsächlich auf Arbeit warten mußten, wurde diese an Heimarbeiterinnen ausgegeben. Die Frauen im Betriebe sind zum Teil Witwen, die ihren Lebensunterhalt in der Fabrik verdienen müssen. Eine gewisse Zahl der Hausarbeiterinnen sind nicht aus Volle gezwungen, Nebenverdienst zu haben. Der einigste läßt sich sogar nachweisen, daß der Mann genug verdient, um die Familie ernähren zu können. Nur die Sucht, Geld zusammenzuraffen, verleitet diese Leute dazu, Hausarbeit anzufertigen. Das Traurige ist dabei, daß diese Frauen Tag und Nacht arbeiten, ihre Gesundheit ruinieren, die Arbeiterinnen im Betriebe schädigen und dann nach einigen Jahren den Krankentafeln zur Last fallen, wo die Mitglieder dieser die Untermarkt der Leute durch hohe Krankentafelbeiträge mit bezahlen müssen.

Das Gebahren der Firma Dast erregte die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen im Betriebe, und sie schlossen sich in der Wehrzahl dem Verbande der Sattler an. Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit war, daß eine Sparkasse eingerichtet wurde, in welche die Frauen und Mädchen alle Woche Geld einzahlten, aber keine Hinfen bekamen. Auch über die eingegangenen Strafgebühren wurde nicht abgerechnet. Alles dieses veranlaßte den Verband auf Ersuchen der Arbeiterinnen, gegen die Firma Stellung zu nehmen. Um die Differenzen in Güte zu regeln, wurde der Gauleiter des Verbandes bei der Firma vorstellig. Bei der Unterredung einigte man sich dahin, daß, wenn Herr Dast seine Hebung als Hauptmann der Reserve beendet habe, eine Sitzung der Arbeiterinnen des Betriebes stattfinden sollte, in welcher der Chef, der Werkmeister und der Gauleiter des Sattlerverbandes zugegen wären. In dieser Sitzung sollte eine Basis geschaffen werden, wodurch der Friede im Betrieb wieder hergestellt würde.

Erfraut waren wir nicht wenig, als plötzlich vier Arbeiterinnen, welche dem Verbande angehörten, entlassen wurden. Auf Grund dieses wurde der Gauleiter sofort vorstellig. Bei der Verhandlung versprach der Fabrikant, eine weitere Ausdehnung der Heimarbeit nicht vorzunehmen, den Arbeiterinnen im Betriebe vollauf Beschäftigung zu geben und einen Arbeiterausschuß wählen zu lassen. Diese Vereinbarung wollte Herr Dast in einem Briefe der Dresdener Ortsverwaltung mitteilen. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Gewerkschafts, welches wir anrufen wollten, wenn es zu keiner Verständigung kam, teilte der Gauleiter mit, daß die Angelegenheit in Güte durch Verhandlung geregelt sei.

Wir warteten, bis Herr Dast seine Reservierung beendet hatte. Wir haben bis heute gewartet, aber Herr Dast hat keinen Brief geschrieben. Nun wird uns die Geschichte doch zu dumm. Der Inhaber läßt Arbeiterinnen, die organisiert sind, vorkommen und fragt sie, ob sie dem Verband angehören. Dann werden diese durch den Werkmeister Biegner auf irgendeine Weise entlassen. So ist es

in den letzten Wochen verschiedenen Frauen und Mädchen ergangen. Tagelang hat die Firma in einer Dresdener Zeitung in letzter Zeit wieder Arbeiterinnen gesucht. Dieser Fall gibt zu Bedenken Anlaß, wie ein Unternehmer es fertig bringt, Verleumdungen zu ignorieren. Bei uns besteht eins. Der Firma Dast gegenüber hat von unserer Seite aus Freie und Gläubige aufgehört. Da sprechen wir zu gegebener Zeit ein anderes Wortchen mit.

Diese Firma, welche in solcher Weise mit ihren Arbeiterinnen umspringt, setzt zum großen Teil ihre Produkte unter der arbeitenden Bevölkerung ab. Die Fabrikmarke „Dorridob“ findet man bei Haberbarkeiten und Touristenfaschen. Sollten die Arbeiter bei ihren Einkäufen die Marke „Dorridob“ sehen, so mögen sie daran denken, wie willkürlich dieser Fabrikant mit seinen Arbeiterinnen umspringt. O. W.

Auf Grund dieser Feiten wurden vergangene Woche 11 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Abmangelnd verließen diese am Sonnabend den Betrieb. Nicht wenig erstaunt waren sie, als am Sonntag ihnen folgendes Schreiben zugeing:

Derra . . . . .  
Wir bedauern, daß wir Sie nicht mehr in unserer Fabrik beschäftigen können und müssen Sie deshalb hierdurch entlassen. Den Rest Ihres Lohnbetrages erstehen wir Sie, in unserem Hauptkontor, Freiberger Straße 47 I, Vorderhaus, abzuholen.  
Der Zutritt in die Arbeitsräume ist Ihnen nicht mehr gestattet.

Hochachtung  
Gebr. Dast.

Das Handwerkszeug eines jeden war von fremden Händen zusammengelegt und wurde im Kontor ausgehändigt. Bei den Gemahregelten sind welche, die 20 Jahre im Betriebe beschäftigt waren. Es bildet dies auch einen Beitrag zu der gesicherten Existenz der Arbeiter. Was der Fabrikant im allgemeinen bei der Entlassung sagte, hat in verschiedenen keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Sehr gern spielt sich der Herr Dast als anständigen Arbeitgeber auf, durch sein Benehmen beweist er jedoch das Gegenteil. An Stelle der Sattler konnten jetzt ungelernete Arbeiter. Diese müssen einen Heber unterschreiben und 100 Mk. Kaution stellen. Ferner sollen sie einen Leberzuchtschein vorzulegen. In der Produktion scheint die Firma immer weiter zu sinken. Uns kann es recht sein.

Unsere ungarländische Bruderorganisation hielt am 7. März ihre diesjährige Generalversammlung ab, zu der auch Genosse Pauls-Bien delegiert war. Wir mußten infolge der Vorarbeiten zu unserer Tagung in Köln die Einladung dankend ablehnen. Allen zu urteilen nach nimmt auch die Bewegung in Ungarn an Fortschritte zu. Trotz der verhältnismäßigen kleinen Mitgliederzahl gibt die Organisation ein vierstündiges alle 14 Tage erscheinendes Fachblatt heraus. Es wurde beschlossen, die alte vergrößerte Form der Zeitung wieder einzuführen. Leider soll der deutsche Teil wegfallen, und somit würde für uns das Wort an Interesse verlieren. Hoffentlich gelingt es, einen der dortigen deutschsprechenden Kollegen als Mitarbeiter für uns zu gewinnen. Insbesondere begrüßen wir den Beschluß der Generalversammlung, einen Delegierten zu unserer Generalversammlung und zum internationalen Kongreß zu entsenden. Mit dieser Mission wurde der wiedergewählte Präsident Arthur Erdős betraut.

**Aus anderen Organisationen.**

Der Verband der Portefeulleiter in den Jahren 1907 und 1908. Aus dem uns gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht der letzten Jahre ist zu entnehmen, daß die Krise die deutsche Lederverwarendindustrie und die Organisation der Arbeiter stark beeinflusst hat. Die Zahl der Mitglieder ist demzufolge von 3895 auf 3542 zurückgegangen. Nach einer am 1. August 1909 vom Verbandsvorstand vorgenommenen Zählung sind 4900 männliche und 1400 weibliche Arbeiter in der Portefeulleiterindustrie Deutschlands tätig. Von den männlichen arbeiten 2600 in Werkstätten und 2300 in der Heimindustrie, von den weiblichen sind 1025 in Werkstattbetrieben und 375 als Heimarbeiterinnen beschäftigt.

Das Organisationsverhältnis ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen, denn von den Werkstattarbeitern gehören 78 Proz., von den Heimarbeitern 60 Proz. den gewerkschaftlichen Organisationen an. Die Arbeiterinnen sind zu 33½ Proz. aus der Werkstatt-, zu 25 Proz. aus der Heimarbeit organisiert. Im Verband der Portefeulleiter sind 1902 Werkstattarbeiter, 1201 Heimarbeiter, 342 Werkstattarbeiterinnen und 97 Heimarbeiterinnen organisiert. Dazu kommen noch 45 Werkstattarbeiter und 34 Heimarbeiter im Dubbinerverband, 100 Werkstatt- und 150 Heimarbeiter im christlichen Leberarbeiterverband. Bringen wir von den unorganisierten ein Viertel

als nicht organisationsfähig in Anrechnung, so bleiben immer noch 1000 männliche und 600 weibliche Berufsgenossen übrig, die der Organisation zugänglich sind.

Die Zentralfasse vereinnahmte 112 642,45 Mk. an Beiträgen. Die Gesamteinnahme inklusive Kassenbestand von 97 865,90 Mk. beläuft sich auf 252 350,74 Mk. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 34 120,41 Mk. für Erwerbslosenunterstützung, für die in den drei Jahren vorher nur 6317,45 Mk. verausgabt wurden. In die 3579 Mitglieder, die der Verband im Durchschnitt zählte, wurde in 2693 Fällen Erwerbslosenunterstützung gezahlt, d. h. auf je hundert Mitglieder kamen 69,10 Unterstützungsfälle. Von den 3542 am 31. Dezember 1908 vorhandenen gewesenen Mitgliedern haben 1851 = 52,11 Proz. in 2008 Fällen Unterstützung erhalten. 515 Mitglieder sind nach Empfangnahme von 630 Unterstüßungen aus dem Verbande ausgestreut oder wegen Misse geirriden worden.

Für das Verbandsorgan wurden 6085,00 Mk., für die „Gleichheit“ 989,56 Mk., für persönliche Verwaltungskosten 12 858,22 Mk., für sächliche Verwaltungskosten 7478,05 Mk., für Streiks, Maßregelungsunterstützung und Tarifbewegung 2034,76 Mk. verausgabt.

Die Lokalkassen hatten inklusive ihres Bestandes von 9928,90 Mk. eine Gesamteinnahme von 45 534,50 Mk., wovon 3500 Mk. Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurden. In der Zentralfasse waren am 31. Dezember 1908 158 418,67 Mk., in den Lokalkassen 18 753,65 Mk. vorhanden.

Die Beitragsleistung gestaltete sich pro Jahr 45,94 Wochen durchschnittlich pro Mitglied. Die Zahl der Arbeitslosenwochen stieg gegen die vorherige Berichtsperiode von 0,42 auf 1,82, die Krankenwochen von 0,88 auf 1,08 pro Mitglied.

Infolge der im Jahre 1905 abgeschlossenen und im Jahre 1906 erneuerten Tarifverträge für die Portefeulleiterindustrie ist es nur in einem Betriebe zu einem Streik gekommen. Im Jahre 1908 wurden für Tarife für 3170 Portefeulleiter und Arbeiterinnen in 250 Betrieben abgeschlossen. Dazu kommt noch ein Tarif für Nebenbetriebe mit 180 Personen aus dem Jahre 1907. Die neunmündige Arbeitszeit ist allgemein, auch in der Hausindustrie, durchgesetzt.

Der Bericht schließt mit dem Satz: „Unter und Vorkontrollen der Deutschen ihre Organisationsform und veränderte Organisationsform tragen sie damit der Entwicklung Rechnung. Wie das Beste stets der Geist des Guten ist, so hoffen wir, daß unsere Berufsgenossen von der nun zu bildenden Organisation, daß sie sich ihre Interessenvertretung sein wird, wie die Berufsgenossen und -genossinnen sich verpflichten, für die Ausbreitung und Stärkung des Sattler- und Portefeulleiterverbandes mit aller Kraft zu wirken, damit die nächste Generalversammlung einen alle Teile betriebligen Bericht entgegennehmen kann.“

Die organisierten Bäderarbeiter haben in ganz Deutschland stark beachtete Protestversammlungen abgehalten, gegen die von den „Gelben“ an den Reichstag eingesandte Petition, die die Forderung eines freien Tages in der Woche für die Bäderarbeiter ablehnt. Das Bäderbündnis „Gelber“ macht sich an dieser Petition für die Bäderarbeiter Deutschlands zu sprechen, während diese Gelben fast gar keine Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählen. Die Bäderarbeiter fordern seit jeher und mit vollem Recht einen freien Tag in der Woche.

Die Abrechnung des Lohndarbeiterverbandes vom 4. Quartal schließt mit einem Kassenbestand von 40 558 Mk. ab. Für Gemahregelte und Streikende wurden im Quartal 7287,79 Mk. verausgabt.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat beschlossen, den Mitgliedern der Jugendorganisationen beim Hebertritt in den Verband die bisher in der Jugendorganisation geleisteten Beiträge in Anrechnung zu bringen, wenn der Hebertritt vor Ablauf des 17. Lebensjahres oder spätestens vier Wochen nach beendeter Lehrzeit erfolgt. Ausgeschlossen von der Aufnahme im Verbande sind die Lehrlinge, solange sie noch im Lehrverhältnis stehen.

Der Holzarbeiterverband hält in der Zeit vom 13. bis 29. März in ganz Deutschland circa 700 Agitationsversammlungen mit der Tagesordnung: „Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter?“, die Nr. 11 der „Holzarbeiterzeitung“ ist als Agitationsausgabe mit einem entsprechenden Inhalt versehen, in größerer Auflage hergestellt.

Die Jahresabrechnung des Verbandes der Schlichter und Fräger ergibt eine Jahreseinnahme von 283 348,10 Mk., der eine Ausgabe von 255 983,57 Mk. gegenübersteht. Das Gesamtmögen des Verbandes bezifferte sich am Jahresende 1908 auf 150 006,81 Mk. Von den Ausgaben sind allein im 4. Quartal 22 432,57 Mk. auf werblosenunterstützung.

Im Verbands der Notenschneider fand am 4. eine Urabstimmung über den Anschluß an den

band der Lithographen und Steindrucker statt. Neber das Resultat werden wir später berichten.

Der Schneiderverband zählte am Schluß des 4. Quartals 38.417 Mitglieder. Gegenüber dem Jahresabluß 1907 ist ein Mitgliederabgang von 1854 zu verzeichnen, der indes nur zufällig ist. Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge ist nämlich gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich gestiegen. Es wurden von den männlichen Mitgliedern 11.440 und von den weiblichen Mitgliedern 103.270 Wochenbeiträge mehr geleistet als im Jahre 1907. Der Verband hat also in Wirklichkeit eine innere Stärkung erfahren, wemgleich durch die Reinigung der Mitgliederlisten von Restanten ein Abgang in der Mitgliederzahl eingetreten zu sein scheint.

Die Mitgliederzahl des Fleischerverbandes betrug am Schluß des 4. Quartals 3037. Das Verbandsvermögen belief sich auf 17.024,98 Mk.

Rundschau.

Gewerkschaftliches auf dem Gebiete des Fahrradmarktes. Innerhalb eines Zeitraumes von circa 15 Jahren hat sich mit dem Fahrrad eine ungeheure Wandlung vollzogen. Bei seinem ersten Auftauchen diente es namentlich der sogenannten besseren Gesellschaft als Mittel zur Ausübung des Sports. Heute bildet es ein ungemein wichtiges und nützliches, fast unentbehrliches Verkehrsmittel für die minderbemittelte Bevölkerung; namentlich die Arbeiter bedienen sich seiner, und die Zahl derer, die es zur täglichen Fahrt nach und von der Arbeitsstätte benutzen, zählt nach Hunderttausenden. Zählt doch z. B. der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ allein über 100.000 Mitglieder, und es darf angenommen werden, daß demselben nur etwa der zehnte Teil der radfahrenden Arbeiter Deutschlands angehört. Diese weite Verbreitung des Fahrrades hat einen weit ausgebreiteten Industriezweig ins Leben gerufen; der Umsatz auf dem Fahrradmarkt zählt in Deutschland nach Millionen, die meistens die Arbeiter aufbringen. Ein Hindis hierauf erscheint es wohl begründet, wenn der Versuch gemacht wurde, diese ungeheure Kaufkraft der Arbeiterschaft zu organisieren. Gerade auf dem Gebiete des Fahrradhandels findet der Fied der Konsumvereine: Ausschaltung des Zwischenhandels und dadurch bedingte Verbilligung der Produkte, ein günstiges Feld.

In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl Arbeiter deshalb den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiterradfahrer ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähr 4 Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1908 ein Umsatz von 175.000 Mk. erzielt, was gewiß beachtenswert ist. Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der oben genannte Bund das Unternehmen unter seine Fittiche genommen. Dasselbe ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fahrradhaus „Friedrich“ u. Co., eingetragen und hat den Fied, den radfahrenden Arbeitern die Beschaffung guter, reeller und vor allen Dingen preiswerter Fahrräder und sonstiger Bedarfsartikel zu vermitteln. Da gerade beim Einkauf der hier in Betracht kommenden Waren eine Täuschung und Ueberbottung des kaufenden Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen gutes für die Arbeiter leisten können. Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ zugute kommen, der denselben zum Ausbau seiner Unterstützungseinrichtungen verwenden soll. Das Unternehmen besitzt zurzeit neben dem Hauptgeschäft in Berlin, Brunnenstraße 26, und einer Filiale in der Kottbuserstr. 9, ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden, Aue i. G., Breslau, Finsterwalde, Forst, Dölle a. S., Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Magdeburg, Meissen, Offenbach am Main, Wieserich, Müßelsheim, Reiz und Jülich; in anderen größeren Städten sollen weitere errichtet werden. Der Gesamtwert der Lager an Fahrrädern und sonstigen Verkaufsgegenständen, sowie der Geschäftseinrichtungen dürfte sich auf über 200.000 Mk. belaufen. Die Arbeiterschaft, die heute auf dem Fahrradmarkt fast einzige Abnehmerin ist, hat es in der Hand, dieses von der Arbeiterschaft errichtete und verwaltete Unternehmen zu einem mächtigen Faktor im wirtschaftlichen Leben zu gestalten.

Wir empfehlen den organisierten Arbeitern, bei Bedarf das Unternehmen zu berücksichtigen. In Orten, an denen keine Verkaufsstellen bestehen, kann der Bezug durch die Mitglieder und Vereine des Bundes, die an jedem namhaften Orte zu finden sind, bewerkstelligt werden.

Estraftritt mit Handwerkzeug! Eine neueartige Methode wird seit einiger Zeit von den Staatsanwaltschaften befolgt. Wenn Angehörige des Handwerkerhandes gerichtlich mit einer Freiheitsstrafe belegt wurden, so erhalten sie mit der Aufforderung zum Strafttritt gleichzeitig noch die Weisung, soweit es tunlich erscheint, die und die

Stücke ihres Handwerkzeuges mitzubringen. Annehmend sind die Gefängnisse gegenwärtig so stark belegt, daß das von Anwalts wegen vorratige Handwerkzeug nicht ausreicht. Eine Entschädigung um wird den Gefangenen mit eigenem Handwerkzeug nicht gewährt.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 18. 3.) Am 6. März fand im Saale der Reichshallen eine leider nur schwach besuchte öffentliche Sattlerversammlung statt. An Stelle des Kollegen Buch-Weißig, der wegen Krankheit seiner Familie verhindert war, referierte Genosse Meise über: „Die Kultur aufgaben der modernen Gewerkschaftsorganisationen, deren Zweck und Ziele“. Medner schilderte die modernen Gewerkschaften im allgemeinen und bewies durch vortreffliches Zahlenmaterial, welchen ungeheuren Nutzen die Organisationen ihren Mitgliedern gebracht haben. Die Strie hat es gezeigt, wie die Unternehmer und ihre Scharfmacher bemüht sind, einen Teil des erst Errungenen den Arbeitern wieder abzugewinnen, um ihre immer größer werdende Profitsucht zu befriedigen. Medner streifte noch die mißlichen Verhältnisse in unserem Berufe am Orte und tabelte die Interessenlosigkeit eines Teils der Dresdener Kollegen. Große Aufmerksamkeit und lebhafter Beifall wurden dem Vortragenden zuteil. Kollege Sauer schilderte dann die Verhältnisse in den einzelnen Branchen, wonach es bei den Geschirrfaktoren noch am schlechtesten ausseht. Die jetzt bestehende Berufstaktordnung der Innung soll umgeändert werden. Die weitere Diskussion wurde durch das ungeschickte Diskutieren eines Kollegen gestört, und sollte sich hiermit der betreffende Kollege gesagt sein lassen, daß derartige Stänkereien in Zukunft zu unterbleiben haben, da sie uns nur Schaden zufügen. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde mitgeteilt, daß zurzeit kein Geklebensausfluß besteht, und wurde beschlossen, die Neuwahl so bald als möglich vorzunehmen. Des weiteren beschäftigte man sich nochmal mit der „Berufstaktordnung“ der Innung, und sollte 40 Pf. Minimallohn festgesetzt werden. Nachdem noch die Angelegenheit bei der Firma Gebr. Hoff besprochen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. (E. 18. 3.) Mitgliederversammlung am 13. März. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt Genosse Sobotta einen interessanten Vortrag über: „Arbeiterbewegung und Religion“, wofür er lebhaften Beifall erntete. Beim zweiten Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte über die zukünftige Beitragszahlung, zu der sich zunächst unsere beiden Kandidaten zur Generalversammlung aussprachen. Stimmlich würde, wenn nachgewiesen wird, daß 50 Pf. Beitrag nötig sind, dafür stimmen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so würde er bei 45 Pf. Beitrag dafür stimmen, daß 20 Proz. am Orte verbleiben. Dregelius ist derselben Meinung. Alles wünscht, daß den Delegierten bei wichtigen Angelegenheiten ein gebundenes Mandat gegeben wird. Ein Beschluß hierüber wird jedoch nicht gefaßt. Gildner erhebt gegen den Antrag 211 zu stimmen. Unsere Funktionäre haben zu wenig Zeit, um sich noch einer besonderen Abteilung für Lehrlinge zu widmen. Man sollte die Lehrlinge an die Jugendorganisationen verweisen. Die beste Erziehung könnte man den Lehrlingen in der Werkstatt durch menschliche Behandlung zuteil werden lassen. Den wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. könnte ein großer Teil wohl nur schwer oder gar nicht bezahlen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Leipzig. (E. 22. 3.) Am 12. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. In dieser gab die Disziplinarkommission ihren Bericht. Hieraus war zu entnehmen, daß die meisten Verbandsfunktionäre die bisher gezahlten Entschädigungen weiter erhalten. Dem Kassierer wurden die 3 Pf. für die durch die Unterlassener eingeleiteten Beiträge und für die der Kassa für in Abzug gebracht. Die Restposten erhalten in Zukunft keine Entschädigung; solches Interesse muß ein Mitglied am Verbands haben, um jedes Quartal die Abrechnung einmal zu prüfen. Für die Arbeitsnachweiskrüder wurde die Entschädigung von 15 auf 25 Pf. erhöht und ergibt sich immerhin noch ein Ueberschuß gegen die früher gezahlte Summe. Die Kollegen Steiner, Vangberger und Döhler wollen die Materie bis nach der Generalversammlung vorgetragen wissen. Die Versammlung beschloß jedoch dem Wünsche der Kommission entsprechend, die Entschädigungen rückwirkend vom 1. Januar 1909 an auszus zahlen. Sodann nimmt man Stellung gegen die Anträge in Nr. 2 der „Sattlerzeitung“. Die beiden Delegierten geben des näheren darauf ein und empfehlen einige zur Annahme. Schaff baggen werden sie sich gegen die Anträge der Parteiführer in Offenbach, wozu 120.000 Mk. festgesetzt werden sollen für eine in den nächsten Jahren stattfindende Tarifbewegung.

Wenn einmal die Verschmelzung der beiden Verbände stattfindet, kann es auch keine Sonderinteressen mehr geben. Ebenfalls kritisch beleuchtet wurden die Anträge von Dresden. Wohin sollten wir kommen, wenn jede größere Filiale derartige Anträge stellen wollte. Darüber wird in Köln ein ernstes Wort gesprochen werden müssen. Weiter erklären die Delegierten, gegen jede weitere Erhöhung der Unterstufungsätze zu stimmen, eventuell auch für Erhöhung der Beiträge einzutreten. Nachdem noch einige Kollegen zu dieser Sache gesprochen hatten, die Diskussion aber noch nicht erschöpft war, wird beschlossen, diesen Punkt noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Beim „Gewerkschaftlichen“ macht der Vorsitzende auf den Streit bei Gütting und Einslein in Nürnberg aufmerksam. Da die Firma auch in diesen Tageszeitungen keine Lust, so sind Arbeitsangebote zurückzuweisen. Desgleichen ersucht der Vorsitzende die Kollegen, bei der Firma Schumann hierseits jetzt nicht in Arbeit zu treten, da dort Forderungen eingereicht sind. Ferner wird dem Kollegen Verahnd, beschäftigt bei der Firma Theodor Arenkel, ein scharfe Klage ausgesprochen. Betreffender hatte einen dort ebenfalls in Arbeit stehenden Kollegen aus der Arbeit gebracht. Um so scharfer soll dies hier gerügt sein, da dieser Kollege trotz Einladung nicht erschienen war.

Eingefandt. Unter den Anträgen zur gemeinschaftlichen Generalversammlung fällt mir u. a. am meisten der Antrag 228. Eberfeld, zu Punkt 4 der Tagesordnung auf. Ich glaube wohl nicht fehl zu gehen, wenn ich vermute, daß der Antrag gestifteten bezw. persönlichen Motiven seine Geburt verdankt. Denn es sind doch erst einige Jahre her, daß man sich dazu entschloß, einen besoldeten Gauleiter für Rheinland-Westfalen anzu stellen, der, unabhängig von Unternehmertum, sich der Agitation und Ausbreitung der Organisation widmen konnte. Die früheren Agitationskomitees haben sich im allgemeinen gut bewährt, besäßen aber den Fehler, nicht immer abstimmen zu können, wenn irgend eine Verwaltungsstelle nach dem Edmann oder sonst einem Mitgliede des Komitees verlangte, die Leute waren eben abhängig. Deshalb ist auch unter Gau früher nicht vorwärts, sondern retour gegangen.

Anderer heute. Seit der Tätigkeit unseres jetzigen Gauleiters ist der Mitgliederbestand im hiesigen Bezirk, wenn auch nicht enorm, so doch stets gestiegen, und selbst während der letzten Krise ist derselbe nicht gefallen und doch lediglich deshalb, weil der Gauleiter besoldet ist, mit anderen Worten, weil er da immer eingreifen kann, wo es momentan notwendig ist. Und selbst die Filiale Eberfeld hat doch in der letzten Zeit die praktische Einrichtung eines besoldeten Gauleiters bei den beiden Lohnbewegungen erfahren; trotz alledem die Stellung des Antrages, den besoldeten Gauleiter abzuschaffen! Schon der Gedanke allein ist zu verwirren; denn jetzt, wo der Gauleiter sich eingearbeitet hat, wo in den einzelnen Orten alles geregelt zugeht, wo jeder Kollege weiß, daß er an dem von uns angestellten Kollegen eine Stütze hat, jetzt soll dieser Kollege wieder abgeschafft werden. Der alle Schlandrian soll wieder Platz greifen, und was mühsam durch petunäre und persönliche Anspornung aufgebaut wurde, soll wieder zerfallen?

Recht! Ihr sonst doch so radikal und fortschrittlich denkenden Kollegen von Eberfeld, das kann und darf nicht geschehen! Wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden und das tut bekanntlich weh! Wir dürfen doch nicht den Krebsgang machen, sondern wie schon seit Jahren vorwärts marschieren und nicht rückwärts.

Von unseren Kollegen, die zur Generalversammlung delegiert werden, hoffe ich bestimmt, daß sie das richtige Verständnis für diesen Antrag haben und dies ist — Uebergang zur Tagesordnung!

Dem Antrage 229, Essen, den ich noch dort zu verlegen, könnte man sympathisch gegenübersehen, obgleich ich bis jetzt nicht begreife, warum man seinerzeit den ich nach Köln verlegt hat. Essen liegt mitten im Industriegebiet, und es gilt noch immense Arbeit für den Gauleiter zu verrichten, bis er das ganze Revier hier gründlich bearbeitet hat. Zugeben muß ich, daß auch noch in der dunklen Domäne der Schwarzgrube linksseitig des Rheins genügend Arbeit vorhanden ist; demgegenüber kann aber nicht verlangt werden, daß Essen für den Sitz des Gauleiters günstiger liegt als Köln. Essen liegt gewissermaßen im Mittelpunkt, von hier aus lassen sich sämtliche Orte infolge der günstigeren Verbindungen leichter erreichen und deshalb wäre es in agitatorischer Hinsicht sowie auch mit Rücksicht auf die hier im Ruhrbezirk vorhandenen kleinen Filialen und Filialzellen zweckmäßiger, wenn der Sitz des Gauleiters wieder nach Essen käme.

**Bekanntmachung der Wahlergebnisse zur Generalversammlung.**

5. Wahlkreis.

Rommel, Frankfurt	77 Stimmen
Krempel, Oberrad	10 "
Wetger, Frankfurt	7 "

Abgegebene gültige Stimmzettel 94.  
Notwendige Stimmzahl 18.  
**Gewählt Rommel.**

7. Wahlkreis.

Beder, Elberfeld	55 Stimmen
Jorzig, Düsseldorf	16 "

**Gewählt Beder.**

9. Wahlkreis.

Meigner, Hannover	54 Stimmen
Köring, "	4 "
Schumacher, "	1 "
Ungültig	1 "

**Gewählt Meigner.**

10. Wahlkreis.

Günther, Bremen	78 Stimmen
Dregeles, Hamburg	68 "
Stimmel, "	64 "
Meyer, Bremen	24 "

Abgegebene gültige Stimmzettel 117.  
Notwendige Stimmzahl 59.  
**Gewählt Günther, Dregeles.**

11. Wahlkreis.

Donaties, Königsberg	93 Stimmen
Lappan, Stettin	48 "

**Gewählt Donaties.**

15. Wahlkreis.

Günther, Magdeburg	78 Stimmen
Hufenreuter, Halle	72 "

**Gewählt Günther.**

16. Wahlkreis.

Bohl, Kassel	70 Stimmen
Thilo, Jena	60 "

**Gewählt Bohl.**

17. Wahlkreis.

Berger, Leipzig	55 Stimmen
Steiner, "	67 "
Köring, "	53 "
Berthold, "	24 "
Kassel, "	11 "
Ungültig	4 "

Abgegebene gültige Stimmzettel 122.  
Notwendige Stimmzahl 63.  
**Gewählt Berger und Steiner.**

19. Wahlkreis.

Müller, Zeitz	80 Stimmen
Krauß, Chemnitz	40 "

**Gewählt Müller.**

Die Wahlen zur Generalversammlung sind hiermit beendet und sind folgende Kollegen als gewählt zu betrachten:

Küger-München	Geier-Berlin
Wehrle-Konstanz	Haase "
Kärcher-Stuttgart	Krause "
Schindler	Langer
Böhner-München	Pinnowski-Berlin
Jung-Offenbach	Niedel-Berlin
Warenig-Offenbach	Schulze "
Wurm-Offenbach	Seidel "
Rommel-Frankfurt	Wag "
Heußler-Biesbaden	Grubbe-Brandenburg
Beder-Elberfeld	Günther-Magdeburg
Borgard-Bielefeld	Bohl-Kassel
Meigner-Hannover	Berger-Leipzig
Dregeles-Hamburg	Steiner "
Günther-Bremen	Verdu-Dresden
Donaties-Königsberg	Sauer-Dresden
Borisch-Dresden	Müller-Zeitz
Böhner-Berlin	Rothmund-Köln

4. Was ist zu tun, um die noch außerhalb der Vereinigung stehenden Länder heranzuziehen?
  5. Bestimmung des Sitzes der Vereinigung und Wahl des internationalen Sekretärs.
  6. Verschiedenes.
- Ueber die endgültige Festsetzung der Tagesordnung entscheidet die Konferenz.
- Der internationale Sekretär.**  
Joh. Sassenbach.

**Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.**

Die Formulare für die Abrechnung des 1. Quartals sowie die Karte für die Arbeitslosenstatistik gehen den Verwaltungsstellen in diesen Tagen zu. Die Abrechnungen sind bis zum 15. d. M., die Karte für die Arbeitslosenstatistik ist mit Rücksicht auf die Generalversammlung bis spätestens zum 4. April einzufenden. Später eingehende Karten sind wertlos, da wir noch vor der Abreise die Statistik aufstellen müssen.

Aus dem gleichen Grunde ersuchen wir, Gelder für die Hauptkasse nur bis zum 7. April oder nach dem 16. April einzuzahlen.

Die Einzelmitglieder werden gleichfalls ersucht, ihre Korrespondenzen noch vor dem 7. April zu erledigen. An- und Abmeldungen und dergl. werden auch während der Generalversammlung im Hauptbureau erledigt, desgleichen der Materialversand an die Verwaltungsstellen.

Den Verwaltungsstellen geht mit dieser Nummer der Zeitung ein Rechenschaftsbericht über die Jahre 1906-1908 zu. Für die Mitglieder erscheint dieser Bericht erst mit den Protokollen der Generalversammlungen.

In der Nr. 9 der Zeitung erscheint das Adressenverzeichnis des Verbandes. Änderungen in den Adressen sind bis zum 17. April an die Redaktion zu senden.

Den Delegierten zur Generalversammlung wurde in diesen Tagen das Material für die Generalversammlung sowie das Mandat zugestellt. Diejenigen Delegierten, deren Adresse wir nicht besitzen, werden ersucht, die Materialien vom Vorsitzenden der Ortsverwaltung in Empfang zu nehmen.

Das Mitglied Ferd. Wagner, Wuchn. 3844, aus Stuttgart, wurde nach § 4 Abt. 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Antrag Urm bezüglich Ausschluß des Kollegen Hans Morast, München, mußte abgelehnt werden.

**Der Vorstand.**

**Adressenänderungen.**

Bremervorhaben, K. Th. Rosenböd, Kampenstraße 9, 11.

Tagen i. B. Vertrauensmann: Carl Behner, Tagen-Gilpe, Gohlestr. 2.

**Bücherschau.**

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 4 heben wir hervor: Utopisten. Von Hermann Lunder. — Das Erdbeben von Messina im Lichte der christlichen Weltanschauung. — Das Jugendheim. Von Max Frankenthal. — Der junge Goethe (mit Bild). — Der Generalmajor und die Arbeiterjugend. — Aus der deutschen Jugendbewegung. (Kiel, Königsberg). — Politif, Gewerkschaftsbewegung, Kriegsschauplatz usw. Beilage: Junger Glaube. Gedicht von S. Turon. — Das sind die Arbeitsmänner. Von Ernst Almsloh. — Der Königsleutnant. Von Goethe. — Sprüche, Wissen und Leben usw. — Prometheus. Von Goethe.

**Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 3. April.**

**Anzeigen**

Die unter dem Ehrenvorsitz Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preussen stattfindende

**Ausstellung für Reit-, Fahr- u. Motorsport zu Königsberg i. Pr., im Tiergarten**

==== wird am 29. Mai d. Js. eröffnet. ====

Anmeldungen zur Beteiligung an dieser Ausstellung sind bis spätestens 1. April d. Js. an die unterzeichnete Ausstellungsleitung zu richten, welche bereitwilligst jede gewünschte nähere Auskunft erteilt.

**H. Claass, Geh. Kommissionsrat.**

**Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsge nossen Deutschlands „Hoffnung“**  
E. G. 64 in Berlin.

**Quartalsversammlungen**  
finden statt in:

- Essen, am Sonntag, den 4. April, 11 Uhr vormittags, im Lokale von G. Schmierung, Koppsteit- u. Rheinische-straßen-Gde.
- Wien, am Samstag, den 8. April, abends 9 Uhr, im Ballsaal, Severinstr. 197/199.
- Tagesordnung:
1. Kasienbericht des ersten Quartals.
  2. Kasienangelegenheiten.
- Zahlreichen und pünftlichen Besuch erwarten  
**Die Ortsverwaltungen.**

**Sattler-Witwe**, 47 Jahr, evangelisch, mit Wohnhaus nebst Laden, wünscht sich mit Sattler, Witwer oder ledig, evangelisch, bis 48 Jahre alt, mit etwas Vermögen, baldigst zu verheiraten. Gefällige Offerten unter S. 50 an die Expedition des Sattler-Verbands, Köpenick i. Schl.

**Gebrauchte Fachbücher**  
für Sattler und Tischner zu kaufen gesucht. Offerten unter F. 12 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Gesucht allerorts Sattler, welche Werte hoch-eleg. Artikel, darunter patent. Reih-, überneh-men. Hoch. Verb. für jederm. Ausf. kostenf.

**Herrn Wolf, Zwickau i. Sa.,**  
Kordstr. 80.